



CHRISTIN CHRIST UND CuS SOZIALISTIN SOZIALIST

**Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten
Deutschlands e.V.**

Einzelverkauf
3 €

56. Jahrgang
Juni 2003

2/03

Erhard Eppler

Wo stehen die Kirchen politisch?

»Kirche von unten« und »Wir sind Kirche«

Keine Trennung beim Abendmahl

Catherine Gregori

Rede an Schröder – nie gehalten

Sebastian Gerhardt

Linke Wirtschaftspolitik

Hans Thie

Zukunftsprojekte aus der Vergangenheit

UND WEITERE BEITRÄGE



Heinz Röhr

zum Tod von Dorothee Sölle

**»Wenn sie euch sagen, ich bin tot,
glaubt ihnen nicht!«**

Herausgeber

Bund der Religiösen Sozialistinnen
und Sozialisten Deutschlands e.V.
(gegründet 1919/26)

Redaktion

Darius Dunker	Aachen (verantw.)
Udo Fleige	Tübingen
Thorsten de Jong	Aachen
Dörte Münch	Erfurt
Matthias Nauert	Ellerbek
Christa Peter	Berlin
Ulrich Peter	Berlin
Helmut Pfaff	Frankfurt a. M.
Oliver Wildner	Hamburg

Kontakt und Bezug

s. hintere Umschlaginnenseite

Erscheinungsweise

Nach Möglichkeit 2-4 mal pro Jahr

Gestaltung / DTP

Darius Dunker

Druck

Hephata-Werkstätten
Mönchengladbach
Hergestellt auf Umweltschutzpapier

CuS / BRSD im Internet

www.brsd.de

Webmistress

Tina Terschmitt Aachen

ISSN 0945-828-X

Inhalt

THEOLOGIE

- Heinz Röhr
»Und wenn sie euch sagen, ich sei tot,
glaubt ihnen nicht.« 4

Erhard Eppler

- Der Seitenwechsel –
Wo stehen die Kirchen politisch?** 5

»Kirche von unten« und »Wir sind Kirche«

- Die römische Trennung beim Abendmahl
manifestiert den Stillstand in der Ökumene** 9

INLAND

- Catherine Gregori
Rede an Gerhard Schröder – nie gehalten 11

Dokumentation

- Mitgliederbegehren in der SPD** 13

Dokumentation

- Aufruf: Sozialabbau schafft keine Jobs** 15

Hans Thie

- Mahner und Macher –
Zukunftsprojekte aus der Vergangenheit** 17

Sebastian Gerhardt

- Linke Wirtschaftspolitik – Theorie oder Praxis?** 21

INTERNATIONALE

Wieland Zademach

- Milan Machovec – Die Frage nach Gott
als Frage nach dem Menschen** 26

Theo Kneifel

- Zwei Klagen gegen Profiteure der Apartheid** 33

BÜCHER

- Margot Käßmann (Hg.): Glauben nach Ground Zero (Heinz Röhr) • Ulrich Peter: Christuskreuz und Rote Fahne. Der BRSD in Westfalen (Reinhard Gaede) • Panorama der neuen Religiosität (Heinz Röhr) 38

Ökumene
und Sozialismus

»Die konfessionelle Spaltung in die katholische und evangelisch-protestantische Kirche ist geschichtlich bedingt. Sie wird nach der Ansicht der religiösen Sozialisten in der sozialistischen Zeit überwunden werden.«

Man könnte meinen, die Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten hätten die Konfessionsfrage mit diesen Worten Erwin Eckerts zum Nebenwiderspruch erklärt, der sich – wie bei anderen Sozialisten die Frauenfrage – »in der sozialistischen Zeit« irgendwie von selbst aufhebe. Die gegenteilige Lesart ist wohl richtiger: Als der BRSD sich 1928 diese Position zu eigen machte, war die »sozialistische Zeit« nicht in eine ungewisse Ferne projiziert, sondern eine konkrete Hoffnung für die nähere Zukunft. Zu dieser Zukunft würde selbstverständlich auch die Aufhebung der konfessionellen Spaltung gehören: »Die Übereinstimmung der protestantischen und katholischen Sozialisten in ihrem gemeinsamen Kampf um die Befreiung des Christentums wird die Vorbedingungen schaffen für die Überwindung der Konfessionen«.

75 Jahre später stehen die Aussichten für das baldige Erreichen der »sozialistischen Zeit« hierzulande schlechter denn je. Kaum jemand käme heute auf die Idee, die Verwirklichung der Ökumene zugleich mit der des Sozialismus erreichen zu wollen. Mit dem ersten Ökumenischen Kirchentag stehen die Chancen für die Ökumene – trotz aller Rückschläge in der Frage des Gemeinsamen Abendmahls (siehe Seite 9) – sehr viel besser als für den Sozialismus. Dass in dieser Hinsicht auf dem Kirchentag neue Schritte getan werden, die »später im Alltag der Gemeinden nur

noch schwer zu unterdrücken« sind, war auch eine konkrete Erwartung von Dorothee Sölle (siehe Seiten 4 und 48).

Und der Sozialismus? Der scheint in weite Ferne gerückt. Wir befinden uns seit Jahren in Abwehrkämpfen gegen den großen sozialen Rückschritt, und ausgerechnet unter einer sozialdemokratischen Regierung soll die heftigste Demontage des Sozialstaats eingeleitet werden. Vom Konflikt, in den die Bundesregierung mit denen tritt, die den sozialen Rückschritt nicht hinnehmen wollen, zeugt das Mitgliederbegehren in der SPD (Seite 13) und der Aufruf vieler Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, am 1. Juni vor dem Sonderparteitag der SPD in Berlin zu demonstrieren (Seite 15). Aber auch die flammende Rede, die Catherine Gregori bei einer Regionalkonferenz ihrer Partei an ihren Parteivorsitzenden, den Bundeskanzler, hätte richten wollen (Seite 11).

Warum die Kirchen in den letzten Jahren deutlich der rot-grünen Politik näher standen, erklärt Erhard Eppler in seinem Artikel (S. 5). Ob das angesichts des drohenden Sozialabbaus noch gilt, wird der Kirchentag zeigen.

Grundsätzlicher setzen Hans Thie (S. 17) und Sebastian Gerhardt (S. 21) an, die die verbliebenen Perspektiven linker Wirtschaftspolitik untersuchen. Denn »Wenn es der Linken endlich gelänge, ihre ökonomische Ignoranz zu überwinden, dann könnte es vielleicht irgendwann auch einen Gegenentwurf geben, der dem herrschenden Neoliberalismus selbstbewusst entgegen gestellt wird.«

Darius Dunker

»Und wenn sie euch sagen, ich bin tot, glaubt ihnen nicht.«



HEINZ RÖHR
zum Tode von
Dorothee Sölle

Dorothee Sölle hat uns verlassen. Sie hat am Sonntagmorgen (27. April) in Göppingen – in einem tieferen Sinn – »das Zeitliche gesegnet«. Sie war ein Segen, und sie konnte segnen: »God bless you. She surely will!«: das war eines ihrer Lieblingsworte, das sie oft gebrauchte.

Man wird in den Nach-Rufen jetzt viel lesen von der »Ikone des politischen Protestantismus«, von der Pazifistin, der Befreiungstheologin, der Feministin usw. Vor allem aber war sie *Mystikerin* und *Dichterin*. Ein Glaube, der sich in Singen, Tanzen und Springen ausdrückt, war ihr wichtiger als alle Dogmatik, dies, obwohl sie das Handwerk der Systematischen Theologie glänzend beherrschte. Das zeigen ihre wichtigsten Werke: »Leiden«, »Gott denken«, »Lieben und arbeiten«, »Hör nicht auf, mich zu träumen, Gott«, so konnte sie beten. Traum, Vision von einer schwesterlichen Erde, einer erotischen Friedenskultur!

Und der Sozialismus? Sie nannte sich »christliche Sozialistin«, Marxistin wollte sie sich nicht nennen lassen! Gleichwohl, stand eine Tatsache für sie fest: »...daß ich Sozialistin bin. Das hatte sich schon lange vorbereitet, und natürlich war der große Karl aus Trier nicht unschuldig daran« (»Gegenwind«, S.84).

Mit zunehmendem Alter wurde ihre Sprache »frömmlicher«: »Mein Leben ist also das einer theologischen Arbeiterin, die etwas

von Schmerz Gottes und von Gottes Freude mitzuteilen versucht« (»Gegenwind«, S.310). Am Sterbebett ihrer Mutter sang sie »Befiehl du deine Wege« und »So nimm denn meine Hände.« Sie liebte Bach. Aber sie stimmte zu, als man 1946 bei der Matthäus-Passion den ungeheuerlichen Satz »Sein Blut komme über uns und über unsere Kinder« wegließ. Was »vor« Auschwitz ging, war »danach« unmöglich geworden.

Gedichte nach Auschwitz, Theologie nach Auschwitz – war das möglich? Gott ist nicht in Auschwitz gestorben. Wir haben ihn nur allein gelassen. Auferstehung angesichts von Auschwitz? Juden gingen mit dem Lied »mer läbn ewig« (»Wir leben ewig«) ins Gas: Das hat Dorothee Sölle bis zuletzt erschüttert. Von dieser Erschütterung lebte ihre Theologie.

Dorothee Sölle hat das Quäkertum sehr geschätzt. Es gibt kaum ein Buch von ihr, in dem sie nicht wenigstens einmal den Quäkersatz »das von Gott« (in jedem Menschen) zitiert (in »Mystik und Widerstand« allein viermal). In diesem Buch stellt sie auch das Leben und Handeln von George Fox, seiner Frau Margaret Fell und John Woolman (neben anderen) als Beispiele für »demokratisierte Mystik« dar. Dieses magnum opus (Hauptwerk) schließt mit der Quäker-Formel:

»grenzenlos glücklich,
absolut furchtlos,
immer in Schwierigkeiten.«

Dorothee Sölle erwähnt öfter den Brauch aus Lateinamerika, dass beim Aufruf der Märtyrer (z.B. Romero) die Gemeinde antwortet: »Presente!« (»Anwesend!«)

Gott hat Dorothee gerufen. – »Presente!«

Der Seiten 19209W

Wo stehen die Kirchen politisch?

Ob Gentechnologie oder Zuwanderungsgesetz, Familienpolitik oder Irakkrise – die Kirchen mischen sich seit einiger Zeit wieder lautstark in die gesellschaftliche Debatte ein. Welche Standpunkte sie vertreten und welche Argumente sie anführen, beleuchtet der sowohl in Kirchen- als auch in Politikfragen bewanderte ERHARD EPPLER in seinem Beitrag.

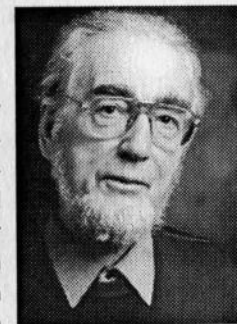
I.

Die Kirchen haben die Demokratie nicht erfunden. Im Gegenteil, überall in Europa musste Demokratie und mit ihr der säkulare Staat gegen die Kirchen durchgesetzt werden. In Rom hielt man bis zu Pius XII., bis zum 2. Vatikanischen Konzil, nicht viel von Demokratie. Die deutschen Katholiken sammelten sich zwar als Antwort auf Bismarcks Kulturkampf in einer demokratischen Partei, dem Zentrum, und wurden eine der Stützen der Weimarer Demokratie, aber derselbe Prälat Ludwig Kaas, bis 1933 Vorsitzender der Zentrumsfraktion im Reichstag, handelte anschließend in Rom das Reichskonkordat aus, das der katholischen Kirche unter der Nazi Herrschaft eine gewisse Autonomie sichern sollte. Ein Konkordat gegen eine demokratische Partei, das erschien damals in Rom noch als respektables Geschäft.

Die Protestanten, in Treue fest hinter der Hohenzollernmonarchie, konnten sich in ihrer Mehrheit bis 1945 nicht mit der Demokratie anfreunden. Die Deutschnationale Volkspartei der Weimarer Republik, der namhafte Bi-

schöfe angehörten, wollte die Monarchie wieder haben und verhalf Hitler 1933 zur Mehrheit im Reichstag. Sogar die mutigen Theologen und Laien der Barmer Synode 1934, die den Deutschen Christen Paroli boten, waren in ihrer Mehrheit Deutschnationale. Und kein Geringerer als Otto Dibelius hatte noch in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts Schwierigkeiten, in einem demokratisch gewählten Bürgermeister von Berlin seine »Obrigkeit« zu sehen.

Die Demokratiedenkschrift der EKD, der Evangelischen Kirche Deutschlands, erschien 1985. Die meisten Mitglieder der Kammer für öffentliche Verantwortung, die diese Denkschrift ausarbeiteten, wussten sehr wohl, dass sie dreißig, vielleicht auch sechzig Jahre zu spät kam. Was wäre uns wohl erspart geblieben, hätte es so etwas schon 1925 gegeben?



Jedenfalls: wo die Kirchen sich auf Politik einließen, geschah dies meist von rechts her. Sicher, das Zentrum hatte immer auch einen Gewerkschaftsflügel, aber die Furcht vor dem Kommunismus trieb die katholische Kirche nach rechts, mehr als einmal an die Seite der Faschisten, in Italien, in Spanien, in der Slowakei, in Kroatien.

II.

Als der Zweite Weltkrieg zu Ende war und der Kalte Krieg begann, konnte sich Konrad Adenauer auf seine katholische Kirche verlassen.

Katholikentage waren eine Heerschau katholischer Verbände, angetreten zur Ausgabe der Parole durch den christdemokratischen Kanzler. Kirche und Union schützten gemeinsam das christliche Abendland vor dem gottlosen Bolschewismus. In den evangelischen Kirchen begann mit der Wiederaufrüstung eine Polarisierung, deren Spuren bis heute sichtbar sind. Auf Kirchentagen trafen gegensätzliche politische Konzepte mit solcher Wucht aufeinander, dass die Funken flogen. Hermann Ehlers (CDU) gegen Gustav Heinemann (von 1957 an SPD), Martin Niemöller gegen Eugen Gerstenmaier, Helmut Gollwitzer gegen Helmut Thielecke. Zum ersten Mal war es nicht mehr selbstverständlich, dass ein evangelischer Christ rechts von der Mitte stehen musste. Als Gustav Heinemann 1957 mit den Seinen der SPD beitrug, wurde dies allen klar.

In den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts wurde es sogar üblich, dass der Deutsche Evangelische Kirchentag nicht nur von der Springerpresse als Instrument der SPD, ja der linken Sozialdemokratie, denunziert wurde. Das stimmte zwar nie, aber es mag wohl sein, dass es Joschka Fischer auf

dem Kirchentag leichter hatte als Volker Rühe. Und Helmut Kohl galt tatsächlich als nicht kirchentagsfähig, wie sein Vorgänger auch. Aber der Kirchentag, darauf hat die verfasste Kirche immer Wert gelegt, ist nicht die Kirche.

Vielleicht wird man erst in Jahrzehnten genauer nachweisen können, wie das Ende des Kalten Krieges die Kirchen verändert hat. Nicht mehr ein militanter, staatlich verordneter Atheismus bedrohte die Kirchen, sondern der permanente Appell an den homo oeconomicus, der ganztägig und lebenslang damit beschäftigt ist, den Börsenbericht zu

Nicht mehr ein militanter, staatlich verordneter Atheismus bedrohte die Kirchen, sondern der permanente Appell an den homo oeconomicus, der ganztägig und lebenslang damit beschäftigt ist, den Börsenbericht zu erwarten, nach Schnäppchen aller Art zu jagen, den billigsten Telefentarif, den günstigsten Flug, inzwischen auch den billigsten Zug zu erwischen.

erwarten, nach Schnäppchen aller Art zu jagen, den billigsten Telefentarif, den günstigsten Flug, inzwischen auch den billigsten Zug zu erwischen. Nicht ideologischer Vernichtungswille lässt die Kirchen erodieren, nein, die Kirche wird ins Abseits gedrängt, wird belanglos, wo die Kommerzialisierung alle Bereiche erfasst, vom Sport

bis zum Musikleben, von der Wissenschaft bis zur inneren Sicherheit. Nicht totalitäre Gehirnwäsche droht der Kirche, sondern die totale Besetzung des Bewusstseins mit ökonomischem Kalkül.

III.

Nicht nur das Ende des Kommunismus, auch die neoliberale Version der Globalisierung hat die Kirchen zu neuem Nachdenken gezwungen. Das zeigt sich in dem gemeinsamen Wort beider Kirchen »Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit«, erschienen im Februar 1997. Schon der Titel verrät Zweck und Absicht dieser Schrift: Von den drei Grundwerten, die seit 1959 im Grundsatzprogramm der SPD, seit den Siebzigern auch in dem der CDU zu finden sind, hatte der Neoliberalismus nur noch einen übrig gelassen: Freiheit, vor

allem interpretiert als Freiheit des Investors, des globalen Händlers. Die Kirchen erinnern nun an die beiden anderen Grundwerte: Gerechtigkeit und Solidarität. Und sie bestehen darauf. Dafür ist nicht der Markt, sondern die Politik zuständig. Der Markt ist ein ideales Instrument, um ein reichhaltiges Angebot von Gütern und Dienstleistungen zu erreichen. Aber er wirkt immer zugunsten des Stärkeren, innerhalb einer Wirtschaft und zwischen Volkswirtschaften. Dafür, dass niemand verhungern, an den Folgen schmutzigen Wassers krepieren muss, ist die Politik zuständig.

Die Soziallehrer der Kirchen hatten dem Kommunismus entgegengehalten: Der Markt lässt sich nicht durch politische oder gar bürokratische Entscheidungen ersetzen. Jetzt wehrten sie sich gegen den Versuch, den kommunistischen Irrtum einfach umzukehren und die Politik Stück für Stück durch den Markt zu ersetzen, vom Markt zu erwarten, was nur Politik leisten kann. »Die Erwartung, eine gewissermaßen adjektivlose, reine Marktwirtschaft könne den Herausforderungen besser gerecht werden, ist ein Irrglaube«, heißt es in der Schrift von 1997. Oder: »Das Leistungsvermögen der Volkswirtschaft und die Qualität der sozialen Sicherung sind wie zwei Pfeiler einer Brücke.«

Kurz: beide Kirchen bestanden auf einer nicht nur nominell sozialen Marktwirtschaft. Sie erinnerten daran, dass seit der Einführung der progressiven Einkommensteuer im deutschen Kaiserreich Umverteilung eine Aufgabe des Staates ist: »Umverteilung ist gegenwärtig häufig Umverteilung des Mangels, weil der Überfluss auf der anderen Seite geschont wird.«

Natürlich haben alle Parteien dieses ökumenische Wort höflich begrüßt. Aber die Freude war bei der SPD weniger gekünstelt als bei der Union, und dort war sie ehrlicher als bei der FDP. Dabei ist dieses Papier frei von theologischen Verrenkungen. »Jeder ist

seines Glückes Schmied« steht eben nicht im Neuen Testament, wohl aber: »Einer trage des andern Last!«

IV.

Sicher: das soziale Pathos Johannes Pauls II., zumal wenn es sich auf die armen Länder bezieht, überfordert alle Parteien. Was der

»Jeder ist seines Glückes Schmied« steht eben nicht im Neuen Testament, wohl aber: »Einer trage des andern Last!«

Rat der EKD zum Asylrecht verlangt, auch. Ein Zuwanderungsgesetz nach den Wünschen der großen Kirchen hätte Otto Schily niemals vorgelegt. Und verglichen mit

dem, was die Kirchen zur Ökologie anmerken, war auch die Ökosteuer recht zaghaft. Aber eben: die Kirchen ermahnen die Politik jetzt meist von links her, und da erreichen sie die Sozialdemokraten vor den Christdemokraten, die Grünen vor der FDP.

Es gibt ein paar Ausnahmen von dieser Regel. Eine ist das, was man, nicht ganz korrekt, die Homo-Ehe nennt. Aber würde die Union rückgängig machen, was die Regierung Schröder-Fischer eingeführt hat? Ein anderes Beispiel ist der Schwangerschaftsabbruch. Aber keine Partei möchte hier an dem Kompromiss rütteln, der längst Gesetz ist. Es geht allenfalls noch um die Interpretation. Und wo die Chancen und Abgründe der Gentechnik zur Debatte stehen, gehen die Fronten quer durch die Parteien. Dass mehr Unionsabgeordnete auf die Kirchen hören, wird dadurch ausgeglichen, dass dort die Interessen der Wirtschaft auch massiver vertreten werden.

Das alles wird nun überlagert durch ein elementares Thema: den Krieg. Peter Gauweilers unbotmäßige Frage in Kreuth, ob die CSU sich an Bush halte oder an den Papst, bringt es auf den Punkt. Natürlich lehnen beide Kirchen den Waffengebrauch nicht grundsätzlich ab. In einer Welt, in der die Gewalt sich privatisiert und kommerzialisiert hat – ein Beispiel ist der Terror –, werden Soldaten immer wieder gebraucht, wo die eigentlich

zuständige Polizei überfordert ist. Das sehen inzwischen auch Pazifisten ein. Aber wer den »Krieg gegen den Terrorismus« proklamiert und dann die Schwelle zum wirklichen Krieg zwischen Staaten kaum mehr wahrnimmt, muss mit dem Widerstand der Kirchen rechnen. Kirchen können, Bündnisse hin oder her, über einen Krieg nichts Schlimmeres sagen, als dass er unnötig, unbegründet, überflüssig ist. Das tun sie und sind dabei Schröder näher als Stoiber.

V.

Was die Christdemokraten allen anderen voraus haben, ist ihre Berufung auf das »christliche Menschenbild«. Aber keinem Dorfpfarrer kann entgehen, wie die wackeren Unionisten, die sich darauf berufen, ins Stottern geraten, wenn sie erklären sollen, was dies ist. Allenfalls hört man von der »Gottesebenbildlichkeit« aus der Schöpfungsgeschichte. Wer dann einwirft, Jesus von Nazareth habe aber nicht die Göttlichkeit des Menschen, sondern die

Menschlichkeit Gottes verkündet, sieht in überraschte und verwirrte Gesichter.

Das haben nämlich die Kirchen auch schon herausgefunden: In der Union gibt es sicher mehr Kirchgänger als anderswo. Aber bei SPD und Grünen finden sich weniger Kirchenmitglieder, die christlichen Glauben mit bürgerlicher Moral verwechseln.

Dieser Beitrag erschien in der Stuttgarter Zeitung vom 21. Januar 2003. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung.

► **Von Erhard Eppler** erschien zuletzt in CuS 1/2000 ein Beitrag über den Religiösen Sozialisten Christoph Blumhardt (»Dem Erbe verpflichtet«).

► **Auf dem Ökumenischen Kirchentag** spricht Erhard Eppler über »Die Frage nach Wissen, Handeln und Macht« im Rahmen einer längeren Veranstaltung »Gelebte Visionen – Politische Schritte« (siehe Programmheft, S. 192f.)

»Herrenmahl ist ökumenisch oder nicht mehr Herrenmahl, sondern Sektenfeier, weil der Gekreuzigte alle an seinen Tisch ruft, für die er starb... Wer Gäste des Gekreuzigten nicht bei sich duldet, duldet den Gekreuzigten nicht mehr in seiner Mitte. Der ist nicht mehr Teil des Leibes Christi auf Erden, sondern vertritt eine geschlossene Gesellschaft und eine religiöse Interessengemeinschaft...«

Faktisch wird überall und unablässig die Einladung des Christus an seinen Tisch und vor sein Angesicht zu kommen von Christen, Theologen, Kirchenleitungen, Konfessionen widerrufen und statt dessen die Verweigerung der Abendmahls-gemeinschaft praktiziert und verteidigt. Dafür gibt es keine Rechtfertigung oder Entschuldigung. Hier wird Gottes Name entheiligt, sein Reich gehindert, sein Wille ins Gegenteil verkehrt und alles Reden von der Einheit der Kirche wird hier als frommes Geschwätz entlarvt. Man will nicht einig sein. Man will es nur dann, wenn die anderen sich unserer Ideologie unterwerfen.«

Ernst Käsemann: Gäste des Gekreuzigten

in: Georg Kugler: Forum Abendmahl I, Gütersloh 1979, S. 56f.

► **Informationen zum Abendmahl im Internet:** www.ikvu.de/abendmahl/

► **Diskussionsforum zu Themen der Ökumene:** www.brsd.de/kirchentag/disco.html

Die römische Trennung beim Abendmahl manifestiert den Stillstand in der Ökumene

Trotz der neuen päpstlichen Enzyklika halten die »Initiative Kirche von unten«, zu der der BRSD gehört, und »Wir sind Kirche« an Ökumenischen Gottesdiensten beim Kirchentag fest.

Zur Enzyklika »Ecclesia de Eucharistia« nehmen das ökumenische Netzwerk »Initiative Kirche von unten« (IKvu) und die katholische KirchenVolksBewegung »Wir sind Kirche«, vertreten durch ihren gemeinsamen Arbeitskreis Ökumene, wie folgt Stellung:

Die neue Enzyklika »Ecclesia de Eucharistia« kennzeichnet sechs Wochen vor dem Ökumenischen Kirchentag in Berlin einen neuen Tiefstand im ökumenischen Prozess der Kirchen. Zum wiederholten Mal macht Rom deutlich, dass »Ökumene« – unter diesem Papst – nur nach römischen Spielregeln zu haben ist.

1. Die Enzyklika wiederholt im wesentlichen die bekannten dogmatischen Positionen der römischen Kirche, sagt also nichts Neues. Kurz vor dem Ökumenischen Kirchentag in Berlin und im Zusammenhang der Verschlechterung der ökumenischen Atmosphäre ist sie jedoch eine Warnung: Ungeachtet aller theologischen Fortschritte, ungeachtet aller pastoralen Nöte in den Gemeinden hält Rom am eucharistischen Leitbild des priesterzentrierten Gottesdienstes fest – nur unter dieser Bedingung soll Ökumene möglich sein. Durch diesen Absolutheitsanspruch werden jedoch ökumenische Fortschritte, die das frühkirchliche Glaubensbekenntnis

zu der »einen Kirche« ernstnehmen würden, unmöglich.

2. Nach der Lehre des II. Vatikanischen Konzils ist die »katholische«, also die »eine Kirche« im Sinne des Glaubensbekenntnisses jedoch keineswegs mit der römisch-katholischen Kirche identisch. Es ist deshalb nicht einsichtig, aus dem Glaubensbekenntnis unmittelbar die Forderung abzuleiten, den liturgischen Normen der römischen Kirche gehorchen zu müssen (52). Das frühkirchliche Glaubensbekenntnis zur »einen Kirche« ist die gemeinsame Grundlage, auf der wir beim Ökumenischen Kirchentag in Berlin mit der evangelischen Gemeinde am Prenzlauer Berg-Nord in der Gethsemane-Kirche ökumenische Gottesdienste mit eucharistischer Gastfreundschaft feiern werden.

3. Auf die drängendsten Probleme in den Gemeinden geht die Enzyklika nur am Rande ein: Wegen des Priestermangels können viele Gemeinden am Sonntag die Eucharistie überhaupt nicht in der Form feiern, die der Enzyklika entsprechen würde. Anstelle konstruktiver Lösungsversuche – etwa in der Frage nach der Legitimität des Zölibates – wird den Gemeinden vom Papst nun der »Hunger« nach der Eucharistie empfohlen (33) – eine Vertröstung, über die die Aktiven in den Gemeinden nur

gequält lächeln können. Das Gebet um Priesterberufe allein und ein Loblied auf die den Amtspriestern vorbehaltene Eucharistiefeyer sind kein Ausweg: Der Zusammenbruch der Seelsorge steht an vielen Orten in Deutschland unmittelbar bevor. Da den deutschen Bistümern von Rom aus die Hände gebunden sind, können sie auf diese pastorale Krise nur mit kosmetischen Korrekturen reagieren. Die neue Enzyklika schreibt diese defizitäre Strategie fest.

4. Die Enzyklika untersagt katholischen Christinnen und Christen die Teilnahme am evangelischen Abendmahl (30). Demgegenüber stellte jedoch die Gemeinsamen Synode der deutschen Bistümer 1975 ausdrücklich fest, dass katholische Christinnen und Christen, die auf Grund eigener Gewissensentscheidung am evangelischen Abendmahl teilnehmen, sich damit nicht von ihrer Kirche abwenden (Gottesdienst 5.5). Folglich stellt diese Entscheidung nicht die Zugehörigkeit zur eigenen Kirche in Frage, wie auch die deutschen Bischöfe damals anerkannten. Die Anerkennung des hohen Gutes der Gewissensentscheidung muss auch in Zukunft außer Frage stehen.

5. Ausdrücklich begrüßen wir den Hinweis, dass durch die Eucharistiefeyer die Verantwortung in der globalisierten Welt wachgerufen wird (20): »Was soll man von den tausend Widersprüchen einer ‚globalisierten‘ Welt halten, in der die Schwächsten, die Kleinsten und die Ärmsten scheinbar wenig zu erhoffen haben?« – Doch das Einschärfen der scheinbar theologisch begründeten Grenzen konterkariert diesen guten Gedanken – Die Alleingänge der römischen Kirche führen in die falsche Richtung. Nicht Trennung, sondern ein kommunikatives Handeln im respektvollen Miteinander ist das christliche Gebot der Stunde, das der kriegs- und notgeplagten Welt Hoffnung gäbe – der Papst hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

Wie bereits lange angekündigt, werden die Initiative Kirche von unten (IKvu) und die KirchenVolksBewegung »Wir sind Kirche« gemeinsam mit der Evangelischen Kirchengemeinde Prenzlauer Berg Nord während des Ökumenischen Kirchentages in Berlin ökumenische Gottesdienste feiern, in denen nach intensiver theologischer Vorarbeit ausdrücklich zur wechselseitigen Gastfreundschaft eingeladen wird:

- » einen ökumenischen Gottesdienst mit Eucharistie nach katholischem Ritus und »offener Kommunion«,
- » einen ökumenischen Gottesdienst mit Abendmahl in evangelischer Tradition »für alle«.

Außerdem werden die beiden Reformgruppen die Teilnehmenden des Ökumenischen Kirchentages dazu aufrufen, bei allen Gottesdiensten der Einladung zum Tisch des Herrn zu folgen, auch wenn diese Einladung in Berlin von den Kirchentagsleitungen nicht ausgesprochen wird. Die in der Enzyklika erfolgte Verurteilung der interkonfessionellen Konzelebration (44) und der Interkommunion (45) durch den Papst trifft hierfür nicht zu.

Ermutigt sehen wir uns auch durch die renommierten ökumenischen Institute in Bensheim, Straßburg und Tübingen, die jüngst ausführlich begründet haben, dass eucharistische Gastfreundschaft trotz der noch bestehenden Unterschiede im theologischen Verständnis und in der Praxis der Kirchen theologisch verantwortbar und in vielen Fällen pastoral sogar geboten ist. Die Institute plädieren für eine offene Praxis eucharistischer Gastfreundschaft als Normalfall im Leben ökumenisch verbundener Gemeinden, da die ökumenische Arbeit einen Stand erreicht hat, der nicht nur für einzelne Christen Konsequenzen hat, sondern gebietet, von einer reinen »Notstandsseelsorge« zu einer offiziellen Praxis eucharistischer Gastfreundschaft voranzuschreiten.

Rede an Gerhard Schröder — nie gehalten

CATHERINE GREGORI, die dem Vorstand des Juso-Landesverbands Nordrhein-Westfalen angehört, berichtet, was sie ihrem Parteivorsitzenden hätte sagen wollen.

Da war ich nun, auf der ersten Regionalkonferenz der Sozialdemokratischen Partei, in Bonn, um dem Kanzler zu sagen, was ich von seinen Reformplänen hielt. Nur – der Kanzler wollte mich nicht hören. Wollte ungefähr fünfzig Genossinnen und Genossen nicht anhören. Und daher, weil er mich eben nicht hören wollte und auch nicht hören konnte, weil er so viele seiner Kabinettskollegen hören musste, will ich ihm das, was ich zu sagen habe, schriftlich hinterlegen.

Gerd, wollte ich sagen, Genossinnen und Genossen, wollte ich sagen, und dass ich diese Anrede mit Bedacht gewählt habe, weil wir eine alte Partei sind, 140 Jahre sogar, und weil der Gerd selbst von unseren Erfahrungen in Weimar gesprochen hatte, um seine Politik zu legitimieren. Genossinnen und Genossen also, wir haben viel erlebt in diesen 140 Jahren, viel erreicht, wollte ich sagen, dass Genossenschaft mal ein Leben wert war, das wollte ich sagen.

Und dann, wollte ich fortfahren, dass es heute nicht mehr um das nackte (Über)Leben gehe, zumindest für viele von uns nicht, das wollte ich sagen. Weil es den meisten von uns gut geht. Relativ gut. Alles ist relativ. Und dann wollte ich sagen: Trotz alledem! Trotz alledem und wollte damit ein altes Arbeiterlied zitieren, trotz alledem gibt es Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Armut in Deutschland.

Und weiter wollte ich sagen: Trotz alledem! geht es darum, heute die gerechte und

gute Gesellschaft in Deutschland zu schaffen. Ja, das wollte ich sagen, und dass wir, wir Genossinnen und Genossen, damit angetreten waren, 1998, und dass es darum heute wieder gehe.

Und dann wollte ich sagen, dass gestern nicht heute sei, dass wir in neuen Zeiten lebten, dass es uns noch nie so gut gegangen sei wie heute, den meisten von uns zumindest, das alles wollte ich anerkennen, wollte sagen, dass ich verstünde, dass sich die Gesellschaft verändert habe und verändern werde, und wollte dann fortfahren, dass dennoch, trotz neuer Zeiten, die relative Sicherheit von vielen heute in Gefahr sei. Und dass wir als Regierungspartei dafür mit verantwortlich seien, so wollte ich sagen.

Und dann wollte ich fragen, rhetorisch natürlich, was das mit der aktuellen Politik zu tun habe, und wollte mir selbst antworten, dass eine ganze Menge, und wollte es festmachen an zwei Beispielen.

Ich wollte fragen die Genossinnen und Genossen und den Gerd, ob sie sich schon einmal angeschaut haben die Auswirkungen der Reformen auf Arbeitslose. Wollte fragen ob bekannt sei, wie sie in den Arbeitsämtern umgesetzt werden. Wollte erzählen, wie Arbeitslose früh um Sieben zum Termin in eine andere Stadt bestellt würden. Wollte erklären, dass dann keine öffentlichen Verkehrsmittel verkehrten. Und wollte sagen, dass ihnen

dann, wenn sie nicht da waren, die Unterstützung gestrichen würde.

Wollte fragen, ob es möglich sein könne, dass zweieinhalb Stunden Autofahrt zum Arbeitsplatz zumutbar sein sollten. Wollte fragen, ob die Willkür, mit der hier verfahren werde, sozial gerecht sein könne. Wollte dann erläutern, wie das sei, wenn man schon lange arbeitslos sei, dass dann, wenn nur noch wenig Anspruch auf finanzielle Leistungen bestehe, man keine Qualifizierungen oder Arbeitsmaßnahmen mehr angeboten bekäme. Weil das teurer sei, als nur Arbeitslosenhilfe zu zahlen, und der Wert eines Menschen von den Kosten bestimmt werde, die er verursache. Wollte fragen, ob das sozial gerecht sein könne.

Und weiter wollte ich fragen die Genossinnen und Genossen und den Gerd, ob sie wüssten, wie hoch die Sozialhilfe sei. Und ob es sozial gerecht sein könne, wenn die Arbeitslosenhilfe auf dieses Niveau gekürzt würde. Wollte antworten auf meine Frage dass die Sozialhilfe weniger als 300 Euro im Monat betrage. Und wollte fragen die Genossinnen und Genossen, ob sie fänden, das sei viel. Ob sie davon leben könnten, wollte ich fragen. Und dann wollte ich mich umdrehen zu Gerd schräg hinter dem Redepult an einem Tisch, wollte ihn anschauen, ihn fragen ob er davon leben könne, von 300 Euro im Monat. Und wollte ihn beruhigen, er bekomme ein bisschen mehr, weil er Frau und Kind habe. Und wollte dann noch einmal fragen: Könntest du? Leben?

Und dann wollte ich den Genossinnen und Genossen, und auch dem Gerd sagen, dass ich das alles nicht erzählen würde, weil es mir Spaß mache. Oder weil ich den Gerd nicht mögen würde. Darum, wollte ich sagen, ginge es mir nicht. Ich wollte sagen, wollte erläutern, dass es mein Interesse, mein ureigenstes Interesse als Sozialdemokratin sei, in Deutschland soziale Gerechtigkeit zu schaf-

fen. Und das, wollte ich sagen, sei der Grund warum ich diese Rede hielte.

Und dann wollte ich noch einmal versichern, dass ich nicht grundsätzlich gegen Reformen sei. Wollte sagen, dass ich wisse, dass wir Reformen brauchten. Wollte aber auch sagen dass ich gegen ungerechte Reformen sei. Weil es in Deutschland eben immer noch Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Armut gebe.

Und dann wollte ich sagen, Gerd, wollte ich sagen, wir wollen das schaffen, wollte ich sagen, wir wollen Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Armut in Deutschland ausmerzen. Und, wollte ich ihm sagen, wir wollen das auch mit dir tun, wollte ich sagen, weil du Kanzler unsrer Republik bist, unsrer Demokratie. Und dann wollte ich sagen, ihn erinnern, dass er, Gerd, unser Parteivorsitzender sei und wollte ihn dabei anschauen, Parteivorsitzender der ältesten Partei Deutschlands. Dass er, Gerd, Nachfolger von Bebel, von Schumacher sei. Und von Brandt. Und du, wollte ich ihm sagen, du bist persönlich dafür verantwortlich, was in diesem Land geschieht, wollte ich sagen, und dass wir, seine Partei, ihn persönlich dafür verantwortlich machten. Kanzler sein, wollte ich sagen, sei kein einfacher Job, das wusste ich, sähe ich. Aber, wollte ich sagen, du Gerd – du wolltest ihn. Und darum mach ihn ordentlich.

Und, um versöhnlicher zu enden, auch das immer eine Stärke der Sozialdemokratie, wollte ich ihm sagen: Gerd, wir helfen dir dabei. Weil du uns brauchst, darum helfen wir dir. Wollte ihm sagen, dass wir, die wir tagtäglich zur Arbeit gehen, zur Schule, die wir studieren, unseren Lebensabend genießen oder uns um die nächste Mahlzeit sorgen, dass wir wissen, was Leben in Deutschland heißt. Dass wir uns nicht vor der Realität verstecken. Und dass wir bereit seien, ihm diese Erfahrungen mitzuteilen, um in Deutschland Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Armut vergangen zu machen. Aber, wollte ich ihm sagen – dazu

müsse er, Gerd, uns auch fragen. Darfst deine Partei, Gerd, die Sozialdemokratie, nicht ignorieren. Und wollte ihm zurufen: fang jetzt an! Und wollte dann enden mit dem Gruß, den mich die Genossinnen und Genossen aus

Österreich gelehrt haben, wollte enden und Freundschaft! rufen und denken, jetzt, jetzt ist es möglich, die Partei wieder zu dem zu machen was sie immer war: lebendig und gut.

Mitgliederbegehren fordert Kurskorrektur der SPD

Am 11. April wurde unter dem Titel »Wir sind die Partei!« das erste Mitgliederbegehren in der Geschichte der SPD gestartet, das, bei ausreichender Unterstützung, in einen Mitgliederentscheid münden soll.

Zu den InitiatorInnen und ErstunterzeichnerInnen dieser Aktion zählen prominente SozialdemokratInnen: 12 Bundestagsabgeordnete, 5 Abgeordnete verschiedener Landtage, der AfA-Vorsitzende Ottmar Schreiner, die bayrische AsF-Landesvorsitzende Monica Lochner-Fischer, die hessische SPD-Landesvorsitzende Andrea Ypsilanti, der Vorsitzende der IG BAU Klaus Wiesehügel, der bayrische Juso-Landesvorsitzende Florian Pronold, der bayrische DGB-Landesvorsitzende Fritz Schösser und andere.

Sieben Anforderungen an die zukünftige Politik der SPD sind die Essenz des Mitgliederbegehrens – sieben Forderungen an die programmatische Ausrichtung der SPD (»soziale Gerechtigkeit«, »Partei der Arbeit«, »Partei der Zukunft«, »Partei des Friedens«) und an die Frage nach der Zielgruppe ihrer Politik (»Partei der Frauen«, »Partei der Jugend«, »Partei der Kommunen«)

Florian Pronold, bayerischer Juso-Landesvorsitzender und SPD-MdB erklärt für den Initiatorenkreis: »Wir sorgen uns um die Zukunft der SPD. Deshalb wollen wir, dass alle Mitglieder unserer Partei über den Kurs der SPD mitentscheiden. Die Zusammenstellung der Forderungen basiert auf einer Vielzahl von Anregungen von Parteimitgliedern, die uns ermutigt haben, dieses Projekt zu starten. Mit dem Mitgliederbegehren wollen wir auch ein Zeichen gegen Politik- und Parteienverdrossenheit setzen. Wir sind überzeugt davon, dass die SPD aus einem möglichen Mitgliederentscheid als attraktive und demokratische Partei gestärkt hervorgeht.«

Das Mitgliederbegehren stellt Forderungen, von denen viele befürchtet hatten, dass sie aus der SPD niemals mehr kämen: Ablehnung von Kürzungen bei Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe und Krankengeld, das Verlangen nach der Vermögensteuer,

nach »deutlich mehr öffentlichen Investitionen«, nach einer »erneuerten Gewerbesteuer, die alle Unternehmen und Selbständigen nach ihrer tatsächlichen Leitungsfähigkeit«, die Ablehnung von »Steuersenkungen für Reiche durch eine Zinsabgeltungssteuer und weitere Senkungen des Spitzensteuersatzes«.

Dabei haben sich die InitiatorInnen viel vorgenommen: 67.000 Parteimitglieder (10 % der Mitgliedschaft) müssen sie finden, die das Begehren unterstützen, damit daraus ein Mitgliederentscheid wird – dieser wäre zwar für den Bundeskanzler natürlich ebenfalls kein Zwang, hätte aber in der Partei solche Autorität, dass er schwerlich missachtet werden könnte.

Dabei distanzieren sich die InitiatorInnen von einer Zuordnung zu »geben sich die InitiatorInnen des Begehrens oberflächlich wenig revolutionär: »linken und rechten Flügeln in der Partei« und zu den sogenannten »Modernisierern« oder »Traditionalisten«. Sie geben sich nach außen durchaus kanzlerreu: »Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen zu unserer SPD-geführten Bundesregierung und unserem Bundeskanzler Gerhard Schröder. Gemeinsam haben wir seit 1998 viele wichtige Reformen erkämpft. Dafür tragen wir gemeinsam Verantwortung und darauf können wir gemeinsam stolz sein.«

Und dennoch ist dieses Mitgliederbegehren eine parteiinterne Revolte, wenn man seinen Inhalt beim Wort nimmt, insbesondere, da der Parteivorstand Gerhard Schröder und seiner »Agenda 2010« gefolgt ist. Das weiß zum Beispiel auch Olaf Scholz, der noch am ersten Tag des Mitgliederbegehrens eine Pressemitteilung herausgegeben hat: Er müht sich, festzustellen, dass es

ein »legitimes Mittel der innerparteilichen Willensbildung« sei und wirkt doch nervös: »Die Führungsgremien der SPD werden sich bei nächster Gelegenheit mit dem von einigen Parteifreunden angestrebten Mitgliederbegehren befassen«. Schnell muss er anführen, dass der Parteivorstand und das Präsidium sich »für das von Bundeskanzler Gerhard Schröder vorgelegte Reformprogramm ausgesprochen« haben und lobt noch einmal die »Agenda 2010«. Krampfhaft versucht er, zu zeigen, dass auch Schröder seine Partei einbindet: Er führt die geplanten Regionalkonferenzen an, zu denen »15.000 Sozialdemokraten« eingeladen seien – und er sei sicher, die »Mehrheit der Parteimitglieder« überzeugen zu können. Es scheint, als sei dieses Mitgliederbegehren – beabsichtigt oder nicht – bereits an seinem ersten Tag zu einer Frage über die Zukunft von Schröder, Scholz, vom ganzen Parteivorstand geworden.

Mit diesem Schritt, dem ersten Mitgliederbegehren in der Geschichte der SPD, ist die Basis selbst dran, zu entscheiden: Welchen Weg soll die SPD gehen? Die InitiatorInnen haben auf ihrer Webseite bereits viele Wege aufgezeigt, wie die Mitglieder der SPD zum Erfolg beitragen können – es gibt viel zu tun, packen wir's an!

Quelle: www.jusos.org – Das Juso-Netz



– KEINE ANZEIGE –

Sozialabbau schafft keine Jobs

— auch wenn die SPD dies behauptet!

Die Uhr läuft: Am 1. Juni soll auf dem Sonderparteitag der SPD im Neuköllner Hotel Estrell über die »Agenda 2010«, das am 14. März von Bundeskanzler Schröder formulierte Regierungsprogramm, entschieden werden. In einem unter der konservativen Regierung Kohl nicht gekannten Ausmaß sollen die Sozialversicherungen geknackt und die abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen zur Kasse gebeten werden. Die Regierung plant den bisher schärfsten Angriff auf die Sozialsysteme:

- Kürzung des Arbeitslosengeldes: Beschränkung der Bezugsdauer bei unter 55-jährigen auf höchstens zwölf Monate, bei über 55-jährigen höchstens 18 Monate.
- Abschaffung der Arbeitslosenhilfe: Nach 18 bzw. 12 Monaten Arbeitslosengeld gibt es nur noch Unterstützung auf Sozialhilfeniveau.
- Ausstieg aus der Beitragsparität in der Krankenversicherung: Die Versicherungsbeiträge für das Krankengeld sollen allein den Beschäftigten aufgebürdet werden.
- Höhere Zuzahlungen: Die Leistungen der Krankenkassen werden weiter zusammengestrichen. Das bedeutet höhere Zuzahlungen für Medikamente und Behandlungen. Selbst für Arztbesuche sollen Gebühren kassiert werden.
- Aufweichung des Kündigungsschutz: Kleinbetriebe bis fünf Beschäftigte sollen künftig in unbegrenzter Zahl befristete Stellen schaffen können, ohne dass dadurch der Kündigungsschutz greift. Alter und Dauer der Betriebszugehörigkeit soll bei betriebsbedingten Kündigungen kein verpflichtendes Schutzkriterium mehr sein.

- Weiterhin gibt es eine Reihe von »Experten« vorschlägen, vor allem aus der Rürup-Kommission: Reduzierung der jährlichen Rentenanpassung, Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Rentner, Besteuerung der Renten oder auch die Erhöhung des Rentenalters von 65 auf 67 Jahre. Nicht zuletzt droht Schröder mit massiven Einschränkungen des Arbeits- und Tarifrechts: Schließen die Gewerkschaften nicht mehr betriebliche Bündnisse mit den Unternehmern als bisher, werden die Gesetze geändert. Dann sollen zukünftig Betriebsräte, die nicht streiken dürfen, Tarifverträge abschließen können.

Wollen wir uns das bieten lassen?

Schröder setzt durch die Drohung mit der Vertrauensfrage für sein Regierungsprogramm SPD- und Gewerkschaftsmitglieder unter Druck. Unternehmer und FDP/CDU-Spitzen unterstützen ihn gegen die innerparteiliche Kritik. Sie gehen davon aus, dass nur eine SPD-geführte Regierung Sozialabbau bei der Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen kann, ohne dass es zu Unruhe und Widerstand kommt.

Wir fragen: Was ist eine SPD noch für uns wert, die solche Maßnahmen durchsetzt? Machen sich die Gewerkschaften nicht überflüssig, wenn sie sich nicht mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wehren?

Schröder nennt die »Agenda 2010« eine »Reform zur Rettung des Sozialstaates«. In Wahrheit ist sie der Versuch, den Sozialstaat abzuschaffen. Von Helmut Schmidt über Helmut Kohl gab es reihenweise Sozialkürzungen, die immer wieder einen Wirtschaftsaufschwung herbeiführen sollten. Keine dieser »Reformen« hat Arbeitsplätze geschaffen – im Gegenteil: die Arbeitslosenzahlen steuern seit 20 Jahren jedes Jahr auf neue Rekordzahlen zu.

Dies dürfen wir uns nicht bieten lassen: Zum Schutz der Existenzbedingungen der

arbeitenden Menschen; aber auch zum Schutz der Gewerkschaften selber!

Der ver.di-Bezirk Herne hat richtig festgestellt: »Wir wissen es aus der eigenen Geschichte: Immer wenn in Deutschland das Existenzrecht freier Gewerkschaften in Frage gestellt wurde, war dies stets mit einschneidenden Veränderungen in der Lage aller arbeitenden Menschen verbunden. Ebenso hat es sich immer als falsch erwiesen, wenn die Gewerkschaften in entscheidenden Situationen Zurückhaltung geübt haben.« (Schreiben vom 17. März 2003)

Müssen wir die SPD retten?

Viele Kolleginnen und Kollegen fragen sich, ob über den Protest gegen die »Agenda 2010« nicht auch die Regierung selbst stürzen könnte und danach alles noch viel schlimmer kommt – unter Stoiber, Merz, Merkel, Westerwelle und Co.. Tatsache ist: diese Regierung ist, auch wenn die Gewerkschaften sich ihr unterordnen, nicht zu retten. Die Wahlen der letzten sechs Monate haben dies belegt (Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein). Die Wähler, gerade ArbeiterInnen, Angestellte und im besonderen Maß GewerkschafterInnen, laufen der SPD in Scharen davon. Der Versuch der SPD, in der »Neuen Mitte« anzukommen, ist kläglich gescheitert: Seit der Wahl 2002 schlagen der SPD und den Gewerkschaften zum Teil der blanke Hass dieser »Neuen Mitte« entgegen: In der Presse, im Radio und sonntäglich bei Sabine Christiansen. Spätestens in drei Jahren wird es diese Regierung nicht mehr geben – aber sie hat den Systemwechsel vollzogen, an dem die Konservativen anknüpfen können.

Zeit zum Handeln!

Es bleibt nicht mehr viel Zeit. Am 1. Juni werden in Berlin die Weichen gestellt. Wir müssen Widerstand leisten:

- Widerstand gegen die geplanten Einschnitte zur Verteidigung der ohnehin schon abgesenkten Standards,

- Widerstand im Namen der Kinder und der Jugendlichen, die um Bildung und Ausbildung, um Arbeitsplätze und eine soziale Perspektive betrogen werden.

Der sozialpolitische Angriff ist nur abzuwehren, wenn die Interessen der Betroffenen von den Gewerkschaften gebündelt und zusammengeführt werden:

- Der DGB und seine Einzelgewerkschaften sollten die von ver.di geplante Demonstration am 17. Mai in Berlin unterstützen und ihre Mitglieder zur Teilnahme aufrufen.
- Alle Sozial- und Wohlfahrtsverbände, die ihrem Protest Ausdruck geben wollen, müssen eingeladen werden.
- SPD-Mitglieder, die sich kritisch zu den Plänen ihrer Führung äußern, müssen unterstützt und ermuntert werden.

Ich/wir unterstützen diesen Aufruf:

ErstunterzeichnerInnen: Lothar Nätebusch, Vorsitzender IG BAU Berlin – Peter Vollmer, IG Metall, Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt – Günter Triebe, IG Metall, Betriebsrat Otis – Klaus Murawski, IG Metall, Leiter Vertrauenskörper Otis – Sandra Dengler, Rainer Knirsch, IG Metall, Betriebsräte BMW Werk Berlin – Hans Köbrich, IG Metall, Leiter Vertrauenskörper/Betriebsrat BMW Werk Berlin – Dietmar Thien, IG Metall – Angelika Klar, IG Metall – Irene Schulz, IG Metall – B-Ingo Drostel, ver.di, Betriebsratsvorsitzender Pürschke u. Hensel – Jürgen Schopplick, ver.di, Betriebsrat Bundesdruckerei – Constanze Lindemann, ver.di, Landesbezirksvorsitzende Berlin-Brandenburg, Fachbereich Medien Kunst Industrie – Andreas Köhn, ver.di, stellvertretender Landesbezirksleiter Berlin-Brandenburg – Andreas Kühn, ver.di, Sekretär Berlin-Brandenburg – Annemarie Görne, ver.di, Mitglied Landesbezirksvorstand Berlin-Brandenburg Fachbereich Medien Kunst Industrie – Klaus-D. Langen, ver.di – Stephan Teuscher, ver.di, Landesbezirksfachbereichsleiter Postdienste, Spedition, Logistik Berlin-Brandenburg – Ulrich Peter, ver.di, Vorsitzender Fachgruppe Kirche Berlin-Brandenburg – Thomas Geffe, ver.di, Personalrat, Vertrauensmann – Jörg Stange, ver.di, Fachgruppe Bildende Kunst – Manfred Birkhahn, ver.di, Leiter Fachbereich Handel Berlin – Klaus Thiede, ver.di, stell. Betriebsratsvorsitzender Berliner Volksbank – Andreas Fuchs, ver.di Rudolf Gensch, ver.di, Vertrauensmann – H.-D. Lintzel, ver.di – Christian Robbe, ver.di – Vorstand Ortsverein Hamburg, ver.di Fachbereich Medien Kunst Industrie – Tannhäuser, Reichert, Hoffmann, Mascher, Thormann, Kynast, Roßbach, Transnet, Mitglieder Vertrauenskörper S-Bahn Berlin – Liebenow-Gröpel, Transnet, DB AG – Wagner, Transnet, DB AG – H. Jürgen Heusen, Anna Scalascia, Brigitte Lietzau, Waltraut Spielvogel, Gisela Jansen, Monika Mittenzweig, Sabine Marinski, Johannes Gerigk, Ulrike Linde, Eberhard Lindgens; GEW, Mitglieder im Personalrat Schöneberg-Tempelhof – Brigitte Berners, GEW, Vertrauensfrau – Saffer Cinar, GEW – Norma Hertz, Bundessprecherin Junge GEW – Dr. Irmtraud Schlosser, GEW – Bodo Zeuner, GEW, Jochen Gester (IG Metall), Andreas Hesse (ver.di) und Stefan Müller (IG Metall) für die Redaktion »berlin von unten«

Wir rufen auf zur Demonstration am 1. Juni '03 vor dem SPD-Sonderparteitag (Hotel Estrel)!

Mahner und Macher

Zukunftsprojekte aus der Vergangenheit

Die Marginalisierung der Linken seit den Neunzigerjahren hat nicht hauptsächlich mit dem Untergang des real existierenden Sozialismus, sondern vor allem mit dem Fehlen echter Alternativen und Utopien zu tun. Ausgehend von diesem Ansatz beleuchtet HANS THIE die Möglichkeiten eines selbstbestimmten, kooperativen und wahrhaft sozialistischen Gegenentwurfs zum Neoliberalismus.

Zu den prominentesten Toten im offiziellen Sterberegister der bürgerlichen Gesellschaft gehört die Linke mindestens seit 1989. Ist sie tatsächlich tot oder nur scheintot, vielleicht vorübergehend außer Form? Parteipolitisch jedenfalls ist die aktuelle Lage der Linken miserabel. Das gilt für die letzten Mohikaner in der SPD, für die wenigen Grünen, die noch egalité und fraternité buchstabieren können und seit einiger Zeit auch die PDS. Bestenfalls kann die Linke noch klagen und anklagen: Die Welt soll friedlicher, gerechter, sozialer, nachhaltiger werden. Der Staat soll regulierend eingreifen, um diesen Zielen näher zu kommen. Dass solche Forderungen ihren Sinn haben, ist kaum zu bestreiten, weil die Schwachen den Schutz des Gesetzes und die helfende Hand des Staates brauchen. Was aber fast immer fehlt, ist der Entwurf für das Neue, die Position, die der Negation erst ihre Kraft und einen Zug der Befreiung, der Emanzipation, vielleicht sogar der Lust verleiht. Wer den Verdacht, der Vergangenheit

und dem Allheilmittel Staat verhaftet zu sein, glaubwürdig kontern und selbst wieder in die Offensive kommen will, muss ein eigenes Zukunftsprojekt präsentieren. Daran aber mangelt es allerorten. Dieses Eingeständnis wäre vielleicht der erste Schritt der Besserung.

Nach dem 22. September hat Wolfgang Ullmann im Freitag – nicht hämisch, sondern aus Besorgnis – die PDS aufgefordert, endlich zu klären, was sie unter demokratischem Sozialismus verstehen will. Wie wichtig eine solche Klärung ist, hat sich auf dem Parteitag von Gera gezeigt. Scheinbar gab es dort eine Auseinandersetzung zwischen Mahnern und Machern. Aber abgesehen von einigen wenigen Nostalgikern, deren Leitbild sich in der Formel »DDR plus Westgeld plus Freiheit« zu erschöpfen scheint, sollte doch allen anderen klar sein, dass auf dem Boden dieser Bundesrepublik Deutschland der Streit um die Zukunft geführt werden muss.

In diesem entscheidenden Punkt haben aber weder die moralisierenden Ankläger

noch die Pragmatiker viel zu bieten. Im Grunde lassen sich beide von der Vergangenheit inspirieren, nämlich vom Goldenen Zeitalter des Rheinischen Kapitalismus, in dem es vieles Wünschenswerte schon einmal gab, wie etwa sozialen Ausgleich, erweiterte Bildungschancen und demokratische Rechte, starke öffentlich-rechtliche Medien, das Aushandeln von Interessen statt Dominanz des Shareholder Value. Mit Blick auf diese gefährdeten Errungenschaften kommt immer wieder die Vorstellung auf, dass man verlassenes Terrain doch nur neu besetzen müsse. Für viele westdeutsche Altlinke sind die Zustände, die man damals negierte, unter der Hand zum positiven Gegenentwurf geworden. Aber diese Epoche, dieser Fortschritt auf der Grundlage spektakulären Wirtschaftswachstums, ist passé und wird historisch eine Ausnahme bleiben.

Die Linke wird erst dann wieder Perspektiven in der Gesellschaft haben, wenn sie selbst Perspektiven für diese Gesellschaft hat. Um wieder Visionen zu gewinnen, sollte sie sich daher mit aller gedanklichen Konsequenz auf den Standpunkt begeben: »Wir müssen diesen Laden übernehmen«. Diese Haltung scheint absurd und kann sich – siehe PDS in Berlin – in eine Anleitung zum Selbstmord verwandeln, wenn sie tagespolitisch missverstanden wird. Intellektuell aber ist eine Verantwortungsethik, die aufs Ganze zielt, wichtig, damit der billige Verbalradikalismus aus den Köpfen verschwindet und einem Denken Platz macht, das sich schonungslos fragt: Was hätten wir denn zu bieten, wenn die Welt nach Veränderung schreit? Nur Tobin Tax, Vermögensteuer und Grundsicherung?

Von den vielen Nüssen, die noch zu knacken sind, ist die Wirtschaft sicherlich die härteste. Bisher beschränkt sich die Linke darauf, den privaten Unternehmen mit Argwohn zu begegnen und ihnen äußerlich Ziele vor die Nase zu halten. Die Wirtschaft soll gerecht, nachhaltig und – meist als nachgeordnetes

Kriterium genannt – effizient sein und in den Dienst einer freien, kulturvollen und solidarischen Gesellschaft gestellt werden. In der Tat ist das Zurückholen verselbstständigter Wirtschaftskreisläufe, die Wiedereinbettung des Ökonomischen in die Gesellschaft eine der wichtigsten Angelegenheiten der Zukunft. Wie aber soll die Wirtschaft, die – mit Geld als ihrem Medium und Profit als ihrem Ziel – in materieller Hinsicht notwendigerweise blind ist, Prioritäten verwirklichen, die ihr von außen gesetzt werden?

Klassische Instrumente sind staatliche Sanktionen und Gratifikationen, also Ordnungspolitik, Steuerpolitik und Wirtschaftsförderung. Mit wenigen Ausnahmen – wie etwa der Wertschöpfungsabgabe – gibt es aber kaum linke Ideen, die sich qualitativ vom bürgerlichen Werkzeug abheben. Bislang sind bestenfalls graduelle Unterschiede zu erkennen. Die Linke verlangt einen kräftigeren Einsatz regulativer Instrumente, sie will rechtsfreie Räume im internationalen Geschäft beseitigen. So gesehen, wird die volle Durchsetzung und partielle Ergänzung des jeweiligen Rechtsrahmens verlangt, ohne Ansehen von Person und Unternehmensgröße. Der Standpunkt der Linken ist gewissermaßen die durch und durch faire bürgerliche Gesellschaft.

Selbstverständlich muss und kann Politik immer nur an dem ansetzen, was sie vorfindet. Dennoch: Angesichts der Größe der Aufgaben werden die herkömmliche Problembeschreibung und das darauf bezogene, herkömmliche Instrumentarium wohl nicht reichen. Denn was hätten wir gewonnen, wenn die Grundsätze fairer Besteuerung durchgesetzt, die Schutzfunktionen des Staates realisiert und die Chancengleichheit weitgehend Wirklichkeit wären? Wir hätten ein Land, das wieder etwas sozialer, etwas gemüthlicher, etwas zivilisierter geworden wäre. Aber noch längst nicht ein Gemeinwesen, das sich seiner Verantwortung gegenüber der

Natur und den Menschen in anderen Teilen dieser Welt wirklich stellt.

Die Perspektive müsste also geweitet werden. Warum sollte nicht die Frage nach einer Vision für die Kernbereiche der Wirtschaft zumindest einmal gestellt werden. Und das hieße auch, dass sich Sozialisten in die Höhle des Löwen begeben müssen. Konkret: Was soll mit den Konzernen passieren? Wie gehen wir mit den vagabundierenden internationalen Kapitalien um? Abgesehen von periodisch aufkommender Folklore – etwa VEB DaimlerChrysler – gibt es auf solche Fragen nicht ansatzweise eine Antwort.

Vielleicht wäre es sinnvoll darüber nachdenken, ob nicht die Tendenzen, die unter den Begriff Humankapital gefasst werden, emanzipatorisch gewendet werden könnten. In vielen Unternehmen, zumal in den technologisch fortgeschrittensten, ist das Kapital insofern »human« geworden, als es eigentlich nur noch aus dem kreativen Potenzial der Mitarbeiter besteht. Ohne motivierte, qualifizierte, selbst handelnde, selbst kontrollierende Beschäftigte geht nichts. Die Entwicklung der Produktivkräfte unterstützt diesen Trend zur Dezentralisierung, Partizipation und Eigenverantwortung, indem sie mit Informations- und Kommunikationstechnologien die notwendigen Mittel liefert. Bislang allerdings sind die neuen Formen des Arbeitens und die gekappten Hierarchien eingebunden in Technologiewettläufe und Konkurrenzkämpfe. Könnten Ingenieure und Forscher möglicherweise irgendwann auf die Idee kommen, nach dem Sinn des wahnwitzig beschleunigten Hamsterrennens zu fragen? Zarte Pflanzen einer Politisierung des Technischen und der Naturwissenschaft gibt es ja bereits: bei der Atomenergie, bei Verkehrssystemen, in der Gentechnologie.

Von Karl Marx stammt das schöne Wort, dass die Arbeitszeit als miserables Maß der Ökonomie zusammenbricht, sobald Wissenschaft und Technik die wesentlichen Quellen

des Reichtums bilden. Dieser Aphorismus wird jedoch nicht von allein geschichtsmächtig. Die Linke müsste dem qualifizierten Personal in den Kernbereichen der Wirtschaft Denkangebote unterbreiten, damit es zu einer Auseinandersetzung kommt, die nach dem sozialen und ökologischen Sinn technologischer Umwälzungen fragt. Wenn das nicht geschieht, werden sich die gut Gebildeten und gut Bezahlten auch künftig ihrem scheinbar wertfreien Leistungsethos hingeben und den Zwecken ihrer Geldgeber fest verbunden bleiben.

Aber nicht nur auf diesen Feldern strategischer Bündnispolitik verzichtet die Linke auf eigene Beiträge. Auch die klassischen Themengebiete der Volkswirtschaft bleiben weitgehend unbearbeitet, obwohl allen klar sein sollte, dass auch eine gerechtere, bessere, nachhaltige Ökonomie ihre Regeln für rationale Investitionsentscheidungen, für sinnvolle Preisbildungen und die effiziente Allokation von Ressourcen braucht. Den künftigen Produzenten und Konsumenten wird man nicht allein Altruismus oder gemeinwohlorientierte Vernunft zuschreiben wollen. Die Errungenschaften des demokratischen Rechtsstaats durch einen umfassenden Katalog sozialer und ökonomischer Rechte zu ergänzen, wäre gleichfalls eine unangemessene Antwort. So würden die schlummernden Schätze der Emanzipation, Selbstentwicklung und Kooperation nicht gehoben, sondern im Interesse eines passivierenden Anspruchsdenkens verfehlt.

Nun mag sich die Linke sagen, dass wir uns doch mit all diesen Fragen der Organisation von Unternehmen und der volkswirtschaftlichen Kreisläufe eigentlich gar nicht mehr beschäftigen müssen, weil sie ohnehin keine Zukunft haben können und dürfen. Dann allerdings müsste man angeben können, worin denn die Keimformen eines anderen Wirtschaftsmodells bestehen und wie sie zu verallgemeinern wären. Abgesehen von

Tauschringen, Reparaturbörsen, Genossenschaften und anderem, was auf lokaler Ebene sinnvoll sein kann, gibt es zwei vielversprechende Denkrichtungen, die nicht auf den Tellerrand einer Müsli-Ökonomie beschränkt bleiben, sondern sich zentralen Fragen zuwenden.

Zum einen geht es um den Versuch, das Linux-Modell auf andere Bereiche wirtschaftlichen Handelns zu übertragen: Kann die Erstellung eines Betriebssystems in freier, gleicher und unentgeltlicher Kooperation von Software-Entwicklern als Organisationsmodell für die Produktion anderer Güter und Dienstleistungen dienen? Das Projekt Oekonux – eine Mailingliste von Informatikern und interessierten Laien – diskutiert seit mehr als zwei Jahren diese Frage. Bei aller Mannigfaltigkeit der teils intelligenten, teils romantisch-naiven Beiträge schälen sich doch zwei Antworten heraus. Das Linux-Modell taugt zumindest für Teilbereiche geistiger Produktion, versagt aber, wenn es darum geht, die trivialen Dinge des Lebens hervorzubringen, die man nicht allein dem Faktor »Spaß und Interesse« anvertrauen kann.

Dennoch ist die Debatte, die sich um das Phänomen Linux rankt, wichtig und erhellend, weil sie – entgegen allen bisherigen Traditionen – nach der Vereinbarkeit von individueller Produktion und vergesellschaftetem Eigentum fragt. Denn bei der Entwicklung von Linux war die Produktion jeweils ein individueller Akt und das Ergebnis wurde anschließend zum Gemeineigentum der interessierten Community. Dass an einer wichtigen Frontlinie wissenschaftlich-technischen Fortschritts über die Möglichkeit, den Sinn und die Überlegenheit eines Modells vergesellschafteten Eigentums diskutiert wird und dass in vielen anderen Bereichen – besonders in der Bio- und Gentechnologie – die Grenzen individualisierbaren und privatisierbaren Eigentums offenkundig geworden sind, nährt die Hoffnung, dass die Kopfarbeiter

irgendwann für eine Vision gewonnen werden können, in der die Produkte des Geistes nicht nur, aber doch überwiegend öffentliche Güter sind.

Neben den Projekten, die nach den Chancen für eine Vergesellschaftung geistiger Produktion suchen, gibt es einen zweiten Hoffnungsträger, der am Energieproblem ansetzt. Wie wir alle wissen, muss das fossile Zeitalter so schnell wie möglich enden, wenn die Erde als lebenswerter Raum erhalten werden soll. Erneuerbare Energien zu fördern, ist deshalb eine mehrheitsfähige Maxime geworden. Aber die Energiewende könnte, sollte und müsste auch zu einer ökonomischen Wende werden. Hermann Scheer, SPD-Bundestagsabgeordneter und unermüdlicher Vorkämpfer eines auf solare Energie gegründeten Wirtschaftsmodells, hält 100-Prozent-Szenarien für möglich und benennt die Folgen, die eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien haben könnte. Weltweite, politisch nicht beherrschbare und ökologisch nicht verantwortbare Energieketten wären obsolet. Unter Einbeziehung der Landwirtschaft als Produzent von Biomasse könnten regionale Ressourcenmärkte entstehen. Für Unternehmen und Bürger ergäbe sich die Perspektive einer weitgehenden Energiesouveränität.

Wenn es der Linken endlich gelänge, ihre ökonomische Ignoranz zu überwinden, dann könnte es vielleicht irgendwann auch einen Gegenentwurf geben, der dem herrschenden Neoliberalismus selbstbewusst entgegen gestellt wird. Es könnte ein Gegenentwurf sein, der Gerechtigkeit nicht nur mit staatlichen Eingriffen, sondern auch durch neue Formen der Freiheit, der Selbstbestimmung, der Kooperation und der Regionalisierung herzustellen versucht. In diesem Kontext eines aufgeklärten Sozialismus könnte die Linke dann auch ihren alten Hammer aus der Tasche ziehen und überall dort Verstaatlichung verlangen, wo volkswirtschaftliche Effizienz privat nicht gewährleistet werden kann oder

natürliche Monopole sich reproduzieren (wie etwa bei den UMTS-Netzen).

Erhobenen Hauptes in die Kämpfe der Zeit zu gehen, wäre mit solchem Rüstzeug wieder möglich. Die Sozialisten würden nicht ständig den anderen politischen Kräften hinterher hecheln, sondern selbst Maßstäbe setzen. Schon bald könnten originäre Antworten gefordert sein. Was wird die Linke sagen, wenn eine gi-

gantische Welle der Kapitalvernichtung durch die Weltwirtschaft rauscht, wenn Schuldenpyramiden zusammenbrechen? Wird sie recht-haberisch den Finger heben, aber ansonsten schweigen, weil sie theoretisch und praktisch tief im 20. Jahrhundert stecken geblieben ist?

Diesen Artikel drucken wir mit freundlicher Genehmigung der Wochenzeitung FREITAG ab.

Linke Wirtschaftspolitik — Theorie oder Praxis?

Ein Diskussionsbeitrag von
SEBASTIAN GERHARDT

»Wenn Du sowohl den Feind als auch dich selbst kennst, kannst Du ohne Gefahr hundert Kämpfe ausfechten. Wenn Du nicht den Feind und nur dich selbst kennst, kannst du siegen oder geschlagen werden. Wenn du sowohl den Feind als auch dich selbst nicht kennst, wirst du in jedem Kampf eine Niederlage erleiden.«

Sun Zi, Über die Kriegskunst

Unter »Politik« verstehen wir ein bestimmtes Verhalten von Menschen, das aus der theoretischen Distanz zum Gegenstand heraustritt und sich seiner Veränderung widmet. Über den Gegenstand unserer Bemühungen können wir uns sicher rasch einigen, es geht um die kapitalistische Anatomie der heutigen bürgerlichen Gesellschaft. In welcher Weise jedoch und zu welchem Zwecke welche Veränderungen von wem bewirkt werden können oder sollen, das ist weithin strittig.

Zwar sind Missstände offensichtlich: Armut, Maloche, Arbeitslosigkeit, Vernutzung der Umwelt. Aber wo ist eine Abhilfe? Solange der Streit darüber eine Sache von alternativen Experten bleibt, ist mit einer Realisierung von vereinbarten Veränderungen nicht zu rechnen. Alle, auch noch so »realistisch« konzipierten Konzepte bleiben auf dem Papier und statt einer Veränderung der Ökonomie finden wir die Aufklärung über ihre – verborgenen, besseren – Möglichkeiten. Warum ist das so?

1.

Ein Nachdenken über die Missstände der hiesigen Gesellschaft findet unten wie oben statt. Und oben wie unten finden wir das gleiche Argument, wenn es um die fehlende praktische Konsequenz geht: Man wollte schon eine Besserung der Welt, »doch die Verhältnisse, sie sind nicht so.« Gemeint sind die Zwänge der Konkurrenz, die den Einzelnen auf das Durchkommen mit den eigenen Mitteln beschränken. Aber die Mittel, um in der Konkurrenz zu bestehen, sind sehr unterschiedlich verteilt, sind unterschiedlicher Natur und Reichweite. Womit die ökonomische Elite zynische ihre eigen Passivität gegenüber dem Elend der Welt rechtfertigt, und so die eigene herausgehobene Position bestätigt, das gleiche Argument ist unten Ausdruck eklatanter Ohnmacht. Um nur die elementare Verteidigung der Interessen der abhängig Beschäftigten (wie der ebenso abhängigen Unbeschäftigten) zu ermöglichen, muss die Konkurrenz unter ihnen immer wieder überwunden werden.

Die entgegenstehenden ökonomischen Zwänge sind sehr konkret und in ihren politischen Wirkungen nachvollziehbar. An der Entwicklung der Berliner Arbeitslosenzahlen der 90er Jahre z.B. sind zwei Trends klar erkennbar: Neben dem massiven Abbau von Arbeitsplätzen in Ost- wie Westberlin steht da die Stabilisierung der Ostberliner Arbeitslosenzahlen seit Mitte der 90er und der ungehemmte Anstieg der Arbeitslosenzahlen unter den einheimischen Ausländern Westberlins. Diese Kollegen waren nicht nur vom Abbau der lohnintensiven Westberliner Subventionsproduktionen besonders betroffen, sie wurden auch direkt durch DDR-Facharbeiter verdrängt. Bei BMW Spandau halbierte sich ihre Zahl in 10 Jahren. Als im Frühjahr '02 in der Berliner Metallindustrie gestreikt wurde, sagten einige der verbliebenen türkischen Kollegen – früher die ersten vor dem Werktor – dass nun mal die Deutschen rausgehen sol-

len und streiken und all das ihre Angelegenheit ist. Sie hätten damit - als Türken - nichts zu tun.

2.

Berliner Erfahrungen. Ich gehöre zu einem Kreis von Leuten, linken Gewerkschaftern, die hier in Berlin eine Zeitung herausgeben: »berlin von unten«. Diese Zeitungsprojekt ist u.a. aus einer gemeinsamen theoretischen Vorhersage entstanden: Aus der Vorhersage, dass sich durch die letztjährigen Neuwahlen in Berlin für die abhängige Beschäftigten, für die Armen der Stadt nichts zum bessern ändern werde. Zwei Monate vor den Wahlen schrieb ich in der Tageszeitung »Junge Welt«:

Grüne und PDS stehen gleichermaßen in den Startlöchern, mit ihrem geballten Sachverstand einen pragmatischen und zukunftssträchtigen Ausweg aus der Krise zu bahnen. Ich will gar nicht ausschließen, dass sie auf diesem Wege erfolgreich sein können. In Italien hat es die linksliberale »Ulivo«-Koalition auch geschafft, das Land für den Euro fit zu machen. Nur ihre Wähler zeigten sich nicht überzeugt. Sie erinnern sich an ihre unerfüllten Bedürfnisse und blieben letztlich massenhaft zu Hause. Berlusconi's Wahlsieg markiert die Grenzen einer liberalen Modernisierung der Linken, die im Interesse höherer Gesichtspunkte (Staatsräson, europäische Integration, nachhaltige Entwicklung) die Organisationen der Arbeitslosen oder abhängig Beschäftigten disziplinieren, zahn- und willenlos machen.

Die Enteignung wird kommen, egal welcher Sanierer regiert. Es gibt keine Organisation, die bereit wäre, dagegen Widerstand zu leisten. Die Gewerkschaften schweigen. Ihre Basis ist stumm. Das trade-unionistische Bewusstsein, das Generationen von Marxisten naserümpfend für ein naturgesetzliches Produkt des Kapitalismus hielten, erweist sich als kompliziertes Ergebnis kultureller und politischer Bildungsprozesse, deren Voraussetzungen heute fehlen: politische und soziale Organisationen, in denen

die Erfahrungen ermüdender Konkurrenz und alltäglichen Klassenkampfes verarbeitet werden könnten. Die ehemalige Opposition will regieren. Die Linken Sektoren betreiben ihre Prose-lytenmacherei. Wenn sich die Betroffenen nicht zusammentun, ihre gemeinsamen Interessen suchen, formulieren und verteidigen, wird es keinen Widerstand geben, sondern nur individuelle Resignation.

Die Einschätzung stützte sich auf eine Analyse der politischen und ökonomischen Entwicklung Berlins in den 90er Jahren.¹ Sie ist durch die Geschichte des »rot-roten« Senats bis ins Detail bestätigt worden. So stand die Unterstützung der Gewerkschaften für die rot-grüne-Koalition im Bundestagswahlkampf '02 unter dem Zeichen einer Verteidigung des Flächentarifes gegen die Vorstellungen des schwarz-gelben Lagers. Nun finden sich die Gewerkschaften in Berlin aber in einer Situation, dass eine »rot-rote« Koalition den Ausstieg aus den bundesweiten Tarifverträgen erzwingen will. Auf diese Entwicklung waren die Berliner Gewerkschaften nicht vorbereitet. Und einige haben bis heute nicht verstanden, dass die Mehrheit ihrer eigenen aktiven Mitglieder einen faulen Kompromiss mit dem Senat ablehnt. Noch jetzt gibt es ver.di-Funktionäre, die der Landesregierung eine alternative Sparpolitik unterbreiten wollen. Eine Vorbereitung auf die bereits offen erklärte Konfrontation findet nicht statt. Die Funktion unserer Zeitung sehen wir genau in der Unterstützung des entstehenden Widerstandes, der sich nicht nur gegen die besonderen Berliner Schweinereien richtet, sondern sich genauso in der Tarifbewegung dieses Jahres gezeigt hat oder in den Protesten gegen die Hartz-Politik zeigt.

Theoretische Analysen haben eine Funktion in sozialen Auseinandersetzungen. Sie geben – wenn sie denn stimmen – Einsicht in Kräfteverhältnisse und erschließen Gründe für das Verhalten der Leute, auch ihnen selbst.

Sie lassen durchaus die eine oder andere Verallgemeinerung zu. Von Marx stammt die knappe Formulierung, dass die Anzahl von Leuten nur ins Gewicht fällt, »wenn Kombination sie vereint und Kenntnis sie leitet.«²

Der eine Teil des Satzes ist klar: Tatsächlich fallen heute die Interessen von 70.000 Fondsanlegern mehr ins Gewicht als die Interessen von 150.000 Beschäftigten des Landes Berlin, als die Lebensinteressen der Bevölkerungsmehrheit, die einen öffentlichen Dienst braucht, schon weil sie kein ausreichendes privates Vermögen besitzt. Weniger klar ist nach Jahrzehnten nicht nur kommunistischer Avantgardepolitik, was unter der angesprochenen »Kenntnis« zu verstehen ist. Dabei hatte sich schon der Weise Sun Zi ganz eindeutig geäußert: Ohne Selbsterkenntnis, die kein Theoretiker von außen in die Bewegung hinein tragen kann, ist ein Erfolg nicht nur unwahrscheinlich, sondern unmöglich. Und wer den Gegner nicht einzuschätzen weiß, für den wird der immerhin mögliche Erfolg zu einer Sache guten Glücks. Die Arbeiterbewegung hat auch in ihren besten Teilen in den letzten 30 Jahren wenig Glück gehabt.

Wo die Voraussetzungen für nachhaltigen Widerstand nicht vorhanden sind, müssen sie, wie immer auch heute, geschaffen werden. Denn es ist nichts als eine Illusion, man könne auf diesen mühsamen Prozess verzichten und sich in dieser modernen Gesellschaft ersatzweise »Mit den Starken verbünden, um für die Schwachen etwas heraus zu holen.« Wenn die Schwachen schwach bleiben, hilft alle fürsorgliche Besorgnis nichts. Oder – in Anknüpfung an einen beliebten Satz der linken Folklore: Es genügt nicht, Bündnispartner zu haben, man muss schon selber eine gesellschaftliche Macht sein.

1 Dieser Artikel erschien in der Jungen Welt in zwei Teilen: Am 24.07.2001 »Das Ende der Frontstadt« und am 25.7.2001 »Hauptstadt des Ostens«.

2 Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation. MEW 16, S. 12.

3.

Weil den Kenntnissen eine so wesentliche Rolle zukommt, scheint mir nicht weniger Wissen und Engagement linker Wirtschaftswissenschaftler vonnöten, sondern mehr. Mehr Engagement auch auf ihrem ureigensten Feld, der ökonomischen Theorie. Man kann es sich m.E. in der Wirtschaftswissenschaft nicht so einfach machen, dass die neoliberale Hegemonie einfach aus der sonstigen Gesellschaft auf die Universitäten übergeschwappt wäre und nur politische Gründe hätte. Es gibt auch mehrere offene theoretische Fragen.

3.1. In der über 100jährigen Debatte zum Transformationsproblem ist der Begriff der Marxschen Werttheorie selbst ihren Protagonisten zunehmend problematisch geworden. Zwar halten aus verschiedenen Gründen verschiedene Autoren an ihr fest.³ Und die kühne Ablehnung der klassischen Fragestellungen im Zeichen einer »monetären Werttheorie«, wie sie hierzulande z.B. von Michael Heinrich vorgeschlagen wird⁴, entgeht der sachlichen Problematik nicht: Sicher bleibt eine Analyse der kapitalistischen Ökonomie ohne Berücksichtigung der monetären Vermittlung blind. Eine monetäre Werttheorie aber, die keine Aussagen zur Gestaltung des Gebrauchswerts und zur Anwendung der Arbeitskraft macht, die keine Schnittstellen zur Empirie aufweist und nicht quantitativ argumentieren kann, eine solche monetäre Werttheorie bleibt leer. Scheinbar bieten die wissenschaftlich gesicherten und akzeptierten Resultate der Diskussion seit Mühlpfordt und Bortkiewicz keinen Leitfaden für die Behandlung der alltäglichen Themen kapitalistischer Produktion: Arbeit und Ausbeutung, der Arbeitstag, Kooperation, Arbeitsteilung, Maschinerie, Lohn, Akkumulation, Arbeitslosigkeit. Eine wissenschaftliche Lösung kann nun nicht darin bestehen, sich heroisch auf eine willkürlich gewählte Seite zu schlagen. Es geht vielmehr darum, zu neuen Einsichten zu finden.

3.2. Der Fall der Profitrate. Die flapsige Art und Weise, in der das »Gesetz« kürzlich abserviert wurde, macht den Stand der Debatte hierzulande deutlich.⁵ Jenseits von Glaubensfragen geht es hier aber um das Kriterium der Technikwahl im Kapitalismus. Anwar Shaikh hat gezeigt, dass unter Voraussetzung des »competitive criterion« ein Anstieg der Kostenrentabilität bei gleichzeitigem Fall der Profitrate möglich ist.⁶ Zu klären wäre nun, ob und wann dieses Kriterium Relevanz hat, unter welchen Bedingungen ein Fall der Profitrate eintritt und wann diese Bedingungen erfüllt sind usw.

3.3. Bei Marx heißt es: »Mit der Entwicklung des zinstragenden Kapitals und des Kreditsystems scheint sich alles Kapital zu verdoppeln und stellenweis zu verdreifachen durch die verschiedene Weise, worin dasselbe Kapital oder auch nur dieselbe Schuldforderung in verschiedenen Händen unter verschiedenen Formen erscheint.« (MEW 25, 488). Mir scheint, dass wir in der Unterscheidung dieser Formen noch viel zu tun haben – eine unterschiedlose

3 Friedrun Quaas/Georg Quaas, Jenseits des Transformationsproblems. Vorläufiges Resümee einer Diskussion zum werttheoretischen Ansatz von F. Helmedag, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Stuttgart 1996, 215/6, S.714ff.

4 Michael Heinrich, Die Wissenschaft vom Wert, Münster 1999.

5 Michael Heinrich, Monetäre Werttheorie, Geld und Krise bei Marx. In: Prokla 123, Münster 2001, S. 167ff. bzw. die entsprechenden Abschnitte in, derselbe: Die Wissenschaft vom Wert.

6 Anwar Shaikh: Political economy and capitalism: notes on Dobb's theory of crisis. Cambridge Journal of Economics, vol. 2 (1978) No. 2. Vgl. die Replik von Takeshi Nakatani: The law of falling rate of profit and the competitive battle: comment on Shaikh. In: ebenda, Vol. 4 (1980), No. 1. Vgl. auch John E. Roemer, Analytical foundations of marxian Economic Theory, Cambridge 1981, S. 122f. Die englischen Aufsätze Okishios finden sich in: Peter Flaschel/Michael Krüger (Hg.): Nobuo Okishio, Essays on Political Economy. Collected papers. Frankfurt/M. usw. 1993. In diesem Zusammenhang ist immer noch heran zu ziehen: Georgios Stamatis, Die »spezifisch kapitalistischen Produktionsmethoden« und der tendenzielle Fall der allgemeinen Profitrate bei Karl Marx, Berlin 1977.

Summierung aller Umsätze an Börsen und im Devisenhandel verschafft uns die nötige Unterscheidung sicher nicht. Mehr noch: Selbst die einfache Wahrheit, wonach zu jedem Kredit neben einem Schuldner auch ein Gläubiger gehört, ist heute erinnerungsbedürftig.⁷ Zur Kenntnis der Kräfteverhältnisse gehört auch die Kenntnis der Abhängigkeitsverhältnisse in einer Gesellschaft.

3.4. Das letzte Problem hat auch einen direkt politischen Aspekt. Keynes zur Zeit der General Theory ging – wie große Teile der Menschheit in den 30er und 40er Jahren – davon aus, dass der Kapitalismus am Ende sei und nur die Frage übrig bleibt, ob er vor sich selbst gerettet werden könne.

Heute ist es genau andersherum. Der Sozialismus ist tot, die meisten unserer Zeitgenossen erinnern sich noch an die Beerdigung und zeigen verschiedene Stellen vor, wo der Grabstein steht. Da können wir doch nicht daher kommen und ohne Klärung dieses Zusammenbruchs wieder von »sozialistischer Wirtschaftspolitik« reden. Ohne Klärung der Frage, wer im verblichenen Nominalsozialismus was für wen alles an Planung betrieben hat und warum die ganze Geschichte im Zusammenbruch geendet ist.⁸

Ohne eine solche Klärung bleibt auch die Kritik am heutigen Kapitalismus halbherzig und inkonsequent. Etwa deshalb, weil z.B. die Eigentumsfrage als strittig und »belastet« ausgeklammert bleibt. Dabei ist doch jeder der Millionen Arbeitslosen im Lande ein Be-

7 Auch die Altschulden der DDR- Betriebe und Wohnungsunternehmen hatten einen Gläubiger, die Staatsbank der DDR, die ihrerseits gegenüber den Sparkassen verschuldet war: Ohne Altschulden keine Umstellung der Spareinlagen der DDR- Bevölkerung in der Währungsunion 1990.

8 Ein Vorschlag meinerseits: Die Hebelwirtschaft der DDR - Zur Kritik einer moralischen Ökonomie (in: Bernd Gehrke / Wolfgang Rüdtenklaus (Hg.): ... das war doch nicht unsere Alternative, Münster 1999). Ausführlich, mit einigem historischen Material: Politbürokratie und Hebelwirtschaft (Berlin 1997, helle Panke, hefte zur ddr-Geschichte Nr. 45)

weis für die Aktualität der Marxschen Kritik am bürgerlichen Eigentum, denn diese Leute sind Arbeitslose, weil ihnen nicht nur ein Arbeitsplatz fehlt, mit dem sie ein Einkommen erlangen könnten. Zunächst und vor allem fehlt ihnen die Menge Vermögen, die eine Suche nach einem Arbeitsplatz als abhängig Beschäftigter überflüssig macht. Ich habe noch nie gehört, dass man reiche Müßiggänger als Arbeitslose bezeichnet hätte.

Damit schließt sich vielleicht ein Kreis. Vom alten Kant stammt der stolze Satz, dass Aufklärung die »Befreiung des Menschen aus selbstverschuldeter Unmündigkeit« sei. Dem können wir zustimmen. Es gibt jedoch auch eine nicht selbstverschuldete, eine aufgezwungene Unmündigkeit. Dieser Unmündigkeit wird mit Aufklärung allein nicht beizukommen sein.

Dieser Beitrag erschien am 16. 12. 2002 auch in der Tageszeitung »Junge Welt«. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Verfassers.

Wenn die Revolution auf sich warten lässt...

Ansätze für ein gerechteres Wirtschaftssystem sollen im Zentrum der BRSD-Tagung im Herbst stehen. Wir wollen uns konkrete Vorschläge wie die von Attac und anderen propagierte Tobin-Steuer ansehen und Möglichkeiten eines gerechteren Wirtschaftens hier und jetzt ausloten. Bringt uns das dem Sozialismus näher, oder können wir das vergessen? Oder bringt uns das weiter, aber können wir den Sozialismus vergessen?

**BRSD-Jahrestagung
Bad Hersfeld, 14.-16.11.2003**

Milan Machovec

— Die Frage nach Gott als Frage nach dem Menschen

In seinem Portrait über Milan Machovec will WIELAND ZADEMACH nicht nur an das geistige Klima rund um den »Prager Frühling« – gleichsam auch als ein Beitrag in der Debatte rund um die »68er« – erinnern, sondern darüber hinaus aufzeigen, wie Impulse aus dem Werk des Prager Philosophen und Marxisten heute fruchtbar weiterwirken. Dabei geht es namentlich um die Humanismus-Frage, die zugleich eine Gottes-Frage ist. Machovec, der große Dissident, der mit seinem Beitrag zum christlich-marxistischen Dialog den »Prager Frühling« vorbereiten half und der Idee eines »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« auch gegen alle Repressionen einer geistlosen Diktatur die Treue hielt, ist aktuell geblieben – für alle jene, die im Kapitalismus umsonst nach einem »menschlichen Antlitz« suchen, insbesondere auch für Christinnen und Christen, die an einen Gott nicht über uns, sondern vor uns glauben. Sie treffen sich mit Machovec in der Hoffnung, dass Gott für die Humanisation der Menschheit steht, sie sogar als Reich Gottes verheißt. – Zademach bezeichnet sich selbst als Schüler von Machovec, der seinerzeit das Geleitwort zur Buchausgabe¹ von dessen Dissertation zum Dialog zwischen Christen und Marxisten verfasst hat.



Milan Machovec

Ein (marxistisches) Leben nach der Bergpredigt

»Nichts kann einen Christen so betroffen machen, wie ein Nichtchrist, der nach der Bergpredigt lebt. Dies erlebte ich immer wieder, wenn ich Milan Machovec in seiner ärmlichen Prager Wohnung besuchte und mit seiner heiteren Bedürfnislosigkeit, seiner spontanen Menschlichkeit und seiner verwirrend direkten Ehrlichkeit konfrontiert wurde.« So charakterisiert Horst G. Pöhlmann den langjährigen Gesprächspartner in einer der wenigen gedruckten Würdigungen zu dessen 75. Geburtstag im August 2000².

Wer ihm heute begegnet, der trifft auf »einen alten Mann mit einem jungen Herzen, einen

Philosophen, in dessen Antlitz das Drama einer ganzen Generation zu lesen ist, die auszog, den Himmel zu stürmen und die Welt zu erobern und die ihren Nachkommen eine Erde hinterlassen hat, deren Rettung noch viel größere Anstrengungen, Kenntnisse, Begeisterung, Nächstenliebe und Selbstaufopferung erfordern wird«³.

Vielleicht kommt ein abgeklärtes historisches Urteil einmal doch noch zu dem Ergebnis, dass der vor über 40 Jahren zwischen Machovec und seinem prominenten christlichen Partner Josef L. Hromádka begonnene und sich schnell über ganz Europa ausbreitende Dialog zu den hoffnungsvollsten Aufbrüchen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gehörte. Freilich, die Akteure dieses damali-

gen Dialogs, die ja die eng gesteckten Denkgrenzen sowohl auf kirchlicher wie auch auf marxistischer Seite bewusst überschritten, setzten sich dem Argwohn der etablierten Mächte aus. Dieses Misstrauen haben dialogbereite Theologen im kirchlichen Raum und dialogfähige Marxisten in ihren kommunistischen Strukturen erfahren. Was Milan Machovec nach dem August 1968 an Entwürdigung, Verfolgung und Demütigung im Namen eines herrschenden Marxismus-Leninismus angetan wurde, das gehört zu den übelsten Kapiteln geistloser Diktatur.

Neben dem Dialog hatte Machovec noch eine weitere »Sünde« auf dem Kerbholz, da er 1968 mit anderen zusammen die »Gesellschaft für Menschenrechte« gegründet hatte und ihr erster Präsident geworden war. Deshalb wurde er nach dem Ende des Prager Frühlings durch die Panzer des Warschauer Paktes noch brutaler behandelt als die Mehrzahl seiner Mitarbeiter und Kollegen: Er wurde seines Lehrstuhls und aller seiner wissenschaftlichen und pädagogischen Funktionen enthoben, ohne dass ihm eine alternative Erwerbsmöglichkeit angeboten worden wäre.

Da er es aus prinzipiellen Gründen ablehnte, ihm angetragene Professorenstellen in Wien oder Hamburg anzunehmen, blieb ihm nichts anderes übrig, als sich mit privatem Unterricht und Orgelspielen in einer Prager Kirche durchzuschlagen. Nachdem er den Aufruf der »Charta 77« unterzeichnet hatte, wurde ihm auch noch diese Möglichkeit genommen.

Nie aber verlor er den Kontakt vor allem mit jungen Leuten, denen er in den berühmten, so genannten »Wohnungsseminaren« seine Erfahrungen und Kenntnisse weitergab. »Für mich gab es nur eine Lösung: weder Emigration noch Kollaboration«, so kommentiert Milan Machovec diese langen bitteren Jahre ganz schlicht, denn: »Natürlich konnte ich Augustinus, Hus und Masaryk nicht verraten.«⁴

Der marxistische Philosoph Milan Machovec ist ein tschechischer Philosoph. Ein tschechischer nicht nur, weil er die großen Probleme der tschechischen Geistesgeschichte aufgegriffen und in ihren Personifizierungen in Jan Hus, Josef Dobrovsky, Frantisek Palacky und besonders Tomás Garrigue Masaryk analysiert hat, sondern auch, weil er deren moralische Grundsätze und Ideale übernahm und sogar in gewisser Hinsicht deren oft dramatischen und tragischen Schicksalsweg nachvollziehen musste. Und ein Philosoph, weil er länger als ein halbes Jahrhundert im gründlichen alltäglichen Dialog mit weisen Denkern der menschlichen Geschichte existiert. Ein niemals endendes Gespräch führt er mit Aristoteles, Augustinus, Kant, Pascal, Marx, Masaryk, Fromm und mit den Gestalten der Hebräischen Bibel und des Neuen Testaments.

Auf seinem Weg zur Erkenntnis ließ Machovec sich nie nur von seinem Verstand leiten, sondern sein Gefühl, sein Herz war und ist immer dabei. Sein Weg zur Weisheit ging auch über musische, vor allem musikalische Erlebnisse, die er als selbst praktizierender Musiker besonders bei Bach, Beethoven und vor allem Wagner fand. Nach dem Studium der Philosophie, der klassischen Philologie und der Musik lehrte Machovec von 1953 bis 1970 am Lehrstuhl für Philosophie der Karls-Universität Prag, den er 1989 wieder erhielt und bis zu seiner Emeritierung 1993 innehatte.

Als junger Wissenschaftler und Patriot schloss Machovec sich ganz selbstverständ-

1 W. Zademach, Marxistischer Atheismus und die biblische Botschaft von der Rechtfertigung des Gottlosen. Ein Beitrag zum Dialog zwischen Christen und Marxisten. Mit einem Vorwort von Milan Machovec, Düsseldorf 1973.

2 Hussitische Leidenschaft, in: Zeichen der Zeit – Lutherische Monatshefte, Nr. 9/2000, S. 159.

3 M. Zachoval, in: Berliner Dialoghefte, Nr. 4/2000, S. 18.

4 Machovec, Die Frage nach Gott als Frage nach dem Menschen, Innsbruck 1999, S. 48.

lich der kommunistischen Bewegung an: nach den erschütternden Erfahrungen des Weltkriegs, im Erleben unsäglicher menschlicher Tragödien in der nächsten Umgebung, in einer Atmosphäre der allgemeinen Begeisterung über die Befreiungsrolle der Sowjetunion und in tiefer Ehrfurcht vor ihren Opfern.

Dabei ließ er sich von der Hoffnung leiten, dass die Ideale seiner katholischen Erziehung und seines durch Geschichtsstudien vertieften Patriotismus erst jetzt in den neuen Verhältnissen einer volksdemokratischen und sozialistischen Entwicklung voll zur Geltung kommen könnten und würden.

Karl Marx selbst ist für Machovec zum einen unbedingt einzureihen in die Phalanx

jener nüchtern abstrakt arbeitenden Menschen, die mit Aristoteles begann und mit Einstein einen neuen Höhepunkt erreicht hatte. Zum anderen sieht er in ihm aber gleichzeitig einen modernen alttestamentlichen Propheten, gleichsam »die Blitze eines empörten, entfesselten und wütenden Amos oder Moses«, der »seinen heiligen Hass so kräftig und feurig schürt, dass die Menschen ihm entweder folgen oder aus dem Wege gehen«⁵. Marx wurde zu einem Propheten der neuen Weltbewegung, nicht weil er ökonomische Analysen konstruierte, nicht weil er ein scharfsichtiger Politiker war, nicht weil er sich auf dem Boden der gelehrten Philosophie bewegte, sondern weil aus seinen wichtigsten Äußerungen immer

wieder ausstrahlte, »dass das alles nur Mittel sind, um aus einem erniedrigten Knecht ein würdiges Menschenwesen zu machen«⁶.

Marx gehört also nicht nur in die wissenschaftliche Tradition des Abendlandes, sondern auch in die prophetische Zukunftsorientierung; davon zeugt dessen berühmtester Satz: »Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern.« Für Machovec bedeutet dies heute, die bisherige Welt in eine humanere umzuwandeln, die Umwelt möglichst intakt zu halten, auch ein klares Nein zu sagen zu blinden ökonomischen Fehlentwicklungen, ebenso wie zu gewissen Sackgassen und Fehlern in den ursprünglich fortschrittlichen Bewegungen. Machovec sieht das so, dass in einer Abwandlung des Marxschen Satzes, dass die Philosophen die Welt zuerst verschieden interpretiert, dann zu verändern versucht haben, es jetzt aber darauf ankommt, sie überhaupt zu erhalten. Dass Marx in der Entwicklung der Arbeitsteilung hin

zur modernen Ökonomie und in der Entfremdung des Menschen dabei das Schlüsselproblem sieht, das hält Machovec für berechtigt, ebenso dessen Akzentverlagerung hin zu einer neuen Ethik. Wenn sich nach so vielen Jahrhunderten die Predigten der Nächstenliebe und später der humanistischen Ideale als so machtlos erwiesen, dann musste man doch endlich einmal die Frage stellen, ob solches Moralisieren überhaupt einen Sinn hat oder ob es nicht zweckmäßiger wäre, die Verbesserung der zwischenmenschlichen Beziehungen auf dem Umweg über die Veränderung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse zu suchen. Das ist allemal besser, als wenn Hegels »Gott« verschiedene geschichtliche Wenden nur aus sich selbst und für sich selbst tätigt, so dass sie letztlich unerklärlich sind. Was Machovec Marx aber vorwirft, ist, dass er das Problem auf ein soziales reduziert, wenn er behauptet, dass die Veränderungen in den Arbeitsverhältnissen die Grundlagen einer »geschichtlichen Gesetzmäßigkeit« sind, die verbürgt, dass die Menschheit immer vorwärts schreiten wird. Hier haben sich in die Marxsche Wissenschaft einerseits Hegels Gott, andererseits der Messianismus seiner Jugend eingemischt. In der Konsequenz entstand so eine Art von atheistischer Kirche. Die Akzentverlagerung auf die Produktion hat nach Machovec zur Folge, dass wir anderthalb Jahrhunderte nach Marx an den Rand der totalen Selbstvernichtung der Menschheit durch die hektische Ausweitung der Technik und der Produktion gelangt sind. Das »Rätsel der Geschichte« steckt also heute ganz woanders, als Marx es vermutete. Sein »Sprung in das Reich der Freiheit« ist nicht gelungen.

Existenz im Dialog

Dialog ereignet sich bei Machovec vorrangig in seiner eigenen Existenz, ausgehend von seiner Lebenserfahrung und seinem Erkenntnisweg. Dialog als höchste Form wechselseitiger menschlicher Kommunikation ist

existentielle Diskussion, in der man sich für den Anderen engagiert, indem die eigene Sache mit dem Sich-Öffnen für das Wohl des Anderen ganz verschmilzt. Dialog will mehr als Koexistenz, er zielt auf Proexistenz. Dialog soll so Methode sein eines geduldigen Tolerierens der unterschiedlichen Lebens- und Weltanschauungen in der kommenden Epoche eines friedlichen Zusammenlebens und des Wettbewerbs verschiedener Systeme. Vor allem muss man versuchen, die Motive des Anderen zu begreifen und ihn als Menschen nicht zu dämonisieren. Mehr noch: Nicht nur zwischenmenschlich geschieht Dialog vom Ich zum Du, sondern auch im Inneren eines jeden Individuums, etwas, was der religiöse Mensch in seinem Gebet erlebt.

Dieser für den modernen Menschen so schwierige Dialog findet seinen höchsten Ausdruck als Dialog mit dem Tod. Denn erst im klaren Bewusstsein des »Zum-Tode-Bestimmtheits« entsteht der ehrlichste Dialog mit den Anderen, mit der Umgebung, mit der Geschichte und dem Kosmos. So kann man auch die fatale zeitliche Begrenzung des individuellen Lebens positiv erleben⁷. Praktisch wurde der Dialog, als in den sechziger Jahren aus einem Seminar über »Marxistische Kritik und Geschichte der Religion« ab 1964 ein dialogisches Seminar zwischen Marxisten und Christen wurde – eine Plattform und Quelle authentischer Information über Religion, unbeeinträchtigt von dogmatischen Vorstellungen. An diesen dialogischen Seminaren nahmen bekannte evangelische und katho-

5 Machovec, Die Rückkehr zur Weisheit, Stuttgart 1988, S. 169.

6 A.a.O., S. 170.

7 M. Machovec, Vom Sinn des menschlichen Lebens, Freiburg 197, S. 225ff.

8 M. Machovec, Jesus für Atheisten. Mit einem Geleitwort von Helmut Gollwitzer, Stuttgart 1965. – Über die bisher genannten Werke hinaus empfiehlt sich als Einführung in das Denken von Machovec die Lektüre von: Marxismus und dialektische Theologie, Zürich 1965, sowie: Marxisten und Christen – Brüder oder Gegner?, Gütersloh 1978.



lische Theologen und Intellektuelle teil, bald auch aus dem Ausland: Karl Rahner, Albert Rasker, Erich Fromm und viele andere sowie deren Schülerschaft.

Für die reziproken Einladungen in viele ausländische Einrichtungen von Rom bis San Francisco und am häufigsten nach Deutschland und Österreich verfasste Machovec essayistische Studien über die katholische und evangelische Theologie, die dann in umfangreicheren Werken weitergeführt wurden, etwa über den heiligen Augustinus oder in seinem berühmten Buch »Jesus für Atheisten«⁸ Dieses war zeitweise das mit Abstand der Welt bekannteste tschechische Buch, das sieben Auflagen erlebte und in 15 Sprachen übersetzt wurde. In Prag allerdings konnte man es nicht bekommen: Der Schriftsatz wurde 1970 vernichtet; erst 1990 konnte es in der Tschechoslowakei erscheinen.

Ab Mitte der 60er Jahre kam es zu zahlreichen dialogischen Großveranstaltungen mit Teilnehmenden vieler Fakultäten von beiden Seiten. Organisatorisch getragen und dokumentiert in spannenden Bänden zur Zeitgeschichte wurden sie von der Paulus-Gesellschaft, die bis heute – in allerdings bescheidenem Rahmen – existiert. Auf der größten Veranstaltung – der einzigen Konferenz dieser Art in einem Land des damaligen Ostblocks – in Marienbad 1967 sprach Machovec über die Kunst des dialogischen Lebens und warnte vor dem pragmatisch-politischen Missbrauch des Dialogs.

Mit seinem Gesprächspartner J. L. Hromádka war er sich einig, dass ein echter Dialog nur stattfinden kann zwischen überzeugten Christen und Marxisten, die solche auch bleiben, ja durch den Dialog immer noch tiefer werden wollen. Der eigentliche Sinn des Dialogs besteht darin, mit der eigenen Methode auf den klassischen Boden des je Anderen überzugehen und ihm zu helfen, seine Probleme zu lösen. Was bedeutet der Marxismus dem Christen? Was bedeutet

dem Marxisten der christliche Glaube? Was können sie voneinander lernen? Denn der Marxist, radikal von Gott verlassen, muss früher oder später das Erbe des menschlichen Mysteriums antreten. Machovec fand dafür ein Gleichnis: »Wenn die Titanen die Götter überwältigen, dann fällt ihnen die Aufgabe zu, ein neues Gegenüber zu suchen.«⁹

Die Frage nach Gott

Die Frage nach Gott hat Machovec sein ganzes Leben lang beschäftigt und beunruhigt. Sein Verhältnis zu Gott ist noch komplizierter als das zu Marx. Er hat es sich selbst und seinen Hörern und Lesern damit nicht leicht gemacht. Wenn der Eindruck nicht täuscht, dann hat sich bei Machovec in dem Jahrzehnt zwischen den beiden Büchern, die sich ausführlich mit dieser Problematik befassen – »Gibt es einen Gott?« (1990) und »Die Frage nach Gott als Frage nach dem Menschen« (1999) – eine Entwicklung vollzogen in Richtung einer Stärkung seines Gottesglaubens. Zusammenfassend gesagt bleibt bei ihm die Gottesfrage ebenso offen wie notwendig. Einerseits ist Gott für ihn eine Chiffre für das Antientropische als Gegenprozess gegen den Zerfall in das Chaos und als Hilfe gegen die Herrschaft von Hass, Zufall und Gleichgültigkeit; und andererseits ist Gott bei ihm so etwas wie der vorläufige Name für die noch ausstehende Humanisation der Menschheit in Natur und Gesellschaft, also für die höchsten Möglichkeiten des Menschen selbst. Das Buch »Jesus für Atheisten« schließt mit dem Satz: »Es geht ... um den Menschen selbst, um seine Zukunft und seine Gegenwart, um sein Siegen und Versagen, seine Liebe und seinen Schmerz, um seine Verzweiflung und unauslöschliche Hoffnung.«¹⁰ Für Machovec war es geradezu eine Offenbarung, wie Erich Fromm in seinem Hauptwerk »Ihr werdet wie Götter sein« (1966) den philosophisch-ethischen Inhalt der jüdischen Tradition zusammenfasst in der Sprache unserer Zeit und dabei immer

das Gedankengut auch der chinesischen und indischen Denker, der christlichen Mystiker und der humanistischen Dichter mit berücksichtigt.

Alle traditionellen philosophischen Begriffe sind immer erst ein Ergebnis der Erfahrung; in der Erfahrung ist das Leben, das die Begriffe gezeugt hat. Wenn sie jedoch als fertige, in sich abgeschlossene Tatsachen behandelt werden, dann werden sie leicht zur Grundlage verschiedener religiöser oder philosophischer Fundamentalismen. Das Leben wird so nicht mehr erfasst und ausgedrückt, sondern gebremst, gefesselt und abgetötet. Es kommt zur Verwechslung des lebendigen Gottes mit dem Dogma über Gottes Existenz, des messianischen Zustandes der Menschheit mit dem Dogma über die Ankunft des Messias, zur Verwechslung der Wahrheitssuche mit der Inquisition, egal ob der mittelalterlichen oder der kommunistischen.

Dogmatiker verteidigen die Begriffe als Trophäen vergangener Kämpfe, die Weisen suchen neue Erfahrungen... Oder neutestamentlich: Der Buchstabe tötet, der Geist aber macht lebendig!

Als Fazit im Sinne von Milan Machovec bietet sich eine Fragestellung an, welche etablierte religiöse Instanzen aller Couleurs zumindest beunruhigen müsste: Wenn es richtig ist, dass marxistisches und sozialistisches Denken kein bössartiger Betriebsunfall der Weltgeschichte ist, sondern in der Linie der christlich-jüdischen und aufklärerischen europäischen Geschichte sich entfaltet, und wenn es weiter richtig ist, dass die sozialistische Bewegung – der »rote Wärmestrom« des 19. Jahrhunderts – als eine Freiheits- und Gerechtigkeitsbewegung entstand und in ihrem Pathos den christlichen Glauben sogar an dessen uneingelöste Versprechen erinnerte, dann wäre in der Tat zu überlegen, ob der humanistische Atheismus nicht nur nicht der Gegner von Religion, sondern vielmehr deren Erbe ist. Mit den Worten von Macho-

vec selbst: »Ich wurde öfters für einen Ketzer erklärt, durch verschiedenste Menschen, auch durch Atheisten... Wenn man mich fragt: Sind Sie ein Kryptojesuit, sind Sie Benediktiner, sind Sie Protestant, sind Sie Atheist, sind Sie Jude? Dann sage ich: Ich weiß es nicht, ich überlasse es dem lieben Gott, was ich eigentlich bin. Ich weiß es selbst nicht.«¹¹

Die Möglichkeit, sich auch für einen Marxisten zu halten, erwähnt er im Jahre 1999 allerdings nicht mehr...

Hat Dialog eine Zukunft?

Historisch gesehen steht außer Frage, dass der christlich-marxistische Dialog als informeller Prozess wie als teilinstitutionalisierte Einrichtung ein nicht unwesentlicher Bestandteil jener gesellschaftlichen Bewegung war, die als Vorbereitung des Prager Frühlings in die Geschichte eingegangen ist. »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« – dieses Motto der damaligen Reformbewegung ist ja Ausdruck der Suche nach einem Menschenbild, das ein dauerhaftes Fundament des Zusammenlebens in der Gesellschaft der Zukunft sein könnte. Jede Gesellschaft ruht auf geistigen Strukturen, die in einem Konsens entwickelt werden müssen. Für Machovec ist Dialog deshalb eine globale Notwendigkeit. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung für die gesamte Menschheit setzt er sich ein für eine Philosophie des Dialogs, wie sie schon von Comenius und Leibniz vorbereitet wurde. Ihre Grundlage könnte die Harmonie der abendländischen Aktivität mit der morgenländischen Unerschöpflichkeit des großen Tao sein; »Ich erkläre meinen Studenten, sehr stark vereinfacht: Auf der sozial-

9 In: Schöpfung und Freiheit, Dokumente der Paulus-Gesellschaft XIX, München 1968, S. 291ff.

10 A.a.O., S. 269.

11 Die Frage nach Gott..., a.a.O., S.23.

ökonomischen Grundlage müssen wir Marx mit Gandhi vereinigen.«¹²

Machovec hat kein Problem damit, dass für Christen die Frage nach dem Menschen mit der Frage nach Gott beantwortet wird, und ebenso wenig damit, dass Religion in der Gesellschaft, in der wir jetzt leben, aufgrund der geschichtlichen und kulturellen Entwicklung eine öffentliche – allerdings keine staatliche! – Angelegenheit ist. Christen und Kirchen hingegen müssen sich fragen lassen, wann sie endlich anerkennen, dass es in der Arbeiterbewegung ein berechtigtes Streben nach sozialer Gerechtigkeit gegeben hat, um die der Marxismus sich bemühte. Ist unvoreingenommen ein Dialog darüber möglich, was von Marx, was vom Marxismus und vom Sozialismusideal Bestand haben wird, ja in die Zukunft hineinreichen sollte? Kulturgeschichtlich entstammen beide Bewegungen – Christentum wie Sozialismus – derselben Tradition und haben zwei wesentliche Aspekte gemeinsam: universale Offenheit und eschatologische Sehnsucht. Christentum versteht sich als ein Angebot an alle Menschen, und Sozialismus sucht nach einer Lösung für alle »Verdammten dieser Erde«. Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus ist beiden fremd, Fundamentalismus und Fanatismus war immer eine Gefahr für beide. Für die Menschen der Gegenwart ist das Wichtigste die Zukunft, eine eschatologische Sehnsucht nach der Vertiefung des Humanen oder der Rettung des Menschen in und mit seinem Kosmos. Aufklärung und jüdisch-christliche Tradition können ihre Wesensverwandtschaft nicht ungestraft leugnen.

Die von Marx seinerzeit erkannten grundlegenden Entwicklungstendenzen und Widersprüche einer von der Kapitalherrschaft bestimmten Gesellschaft haben gegenwärtig an Ausdehnung und Schärfe zugenommen: der Gegensatz von Kapital und Lohnarbeit, die Steigerung der Kapitalakkumulation auf Kosten der Akkumulation von massenhafter

Armut und damit die Spaltung der Weltgesellschaft in reiche und arme Länder, Völker und Ethnien; der Gegensatz zwischen der rasanten Entwicklung materieller Produktivkräfte und der zunehmenden Lahmlegung der »Produktivkraft« Mensch, die Verselbständigung des Finanzkapitals gegenüber dem Real- und Investitionskapital, der global immer bedrohlicher werdende Gegensatz zwischen Gesellschaft und Natur... Eine kompromisslerische Bewegung innerhalb dieser unversöhnlichen antagonistischen Widersprüche macht keinen Sinn mehr, sie müssen aufgelöst, beseitigt und überwunden werden, wenn die Menschheit überleben soll. Die Bedingungen für einen neuen Kulturdialog sind vorhanden, er drängt sich unabweisbar auf. Was tun? In den Worten von Milan Machovec: »Wir müssen Mitarbeiter Gottes und glücklich sein, wenn es uns gelingt, es während unseres Lebens ein kleines Stück weit in Richtung Königreich Gottes zu schaffen, aber nicht mehr wie die ersten Christen ... mit der Haltung: entweder – oder. Entweder Stalin oder Jesus, nein, nein. Wir müssen langsam mit den Menschen, die halb gut, halb böse, halb Demokraten, halb Kapitalisten sind, halb träge in der Wahrheit, halb professionelle Lügner ... arbeiten. Denn das ist der Weg, der Weg ist schwierig, mühsam, tausendjährig, aber er ist der einzige Weg.«¹³ Wem fiel sie da nicht ein, die christliche Parallele des »simul iustus et peccator, peccator in re, iustus in spe«? Die dialektische Existenz des Christen: dialogisch in sich selbst als Kampf des Gerechtfertigten mit seinem »alten Adam« – und bereit zum Dialog mit allen Menschen guten Willens als Partner im Bunde Gottes mit seiner Welt.

Dieser Artikel erschien zuvor in unserer Schweizer Schwesterzeitschrift Neue Wege (www.neuewege.ch)

¹² In einem Interview der Berliner Dialoghefte, a.a.O., S. 61.

¹³ Die Frage nach Gott..., a.a.O., S. 97.

Zwei Klagen gegen Profiteure der Apartheid

Nike verkauft Turnschuhe – Hausfeld Gerechtigkeit: Neue Apartheid-Klage setzt Konzerne unter Druck

Jahrelang haben westliche Konzerne gute Geschäfte mit dem südafrikanischen Apartheidsregime gemacht und damit ihren Beitrag zur Finanzierung des Unterdrückungsapparats geleistet. Während große Teile der schwarzen Bevölkerungsmehrheit noch heute unter den Auswirkungen der Apartheid leiden, sind die immensen Apartheidsschulden mitverantwortlich dafür, dass der südafrikanische Staat höchstens symbolische Wiedergutmachungen leisten kann. THEO KNEIFEL von der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika berichtet von zwei konkurrierenden Sammelklagen, die nun doch noch erreichen wollen, dass sich die Profiteure der Apartheid ihrer Verantwortung stellen.

Der Druck wächst. Auf die seit dem 19. Juni 2002 durch den amerikanischen Anwalt Ed Fagan bei verschiedenen Bezirksgerichten in den USA eingereichten Sammelklagen (siehe epd-E 15/2002 S. 6-7; siehe auch epd-E 22/2002, S. 21-25) erfolgte eine neue gewichtige Klage von Apartheidsopfern, diesmal abgestützt durch eine breite internationale Kampagne. Am 11. November 2002 reichte die amerikanische Anwaltskanzlei Cohen, Milstein, Hausfeld & Toll zusammen mit der südafrikanischen Kanzlei Abrahams Kiewitz in New York Entschädigungsklagen gegen 22 internationale Konzerne ein, darunter auch die

fünf deutschen Unternehmen Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank, DaimlerChrysler und Rheinmetall. Kläger sind 91 südafrikanische Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen der Apartheid, sowie die Khulumani Support Group, eine Selbsthilfeorganisation, welche 32.000 Apartheidsopfer vertritt.

Kein Lotteriespiel

Alle 91 KlägerInnen sind Mitglieder der Khulumani Support Group. In einem internen Abstimmungsprozess bestimmten die Khulumani Gruppen in den neun Provinzen des Landes die in der Klageschrift aufgeführten KlägerInnen, die dort unter fünf Kategorien aufgeführt sind: Opfer von Mord, schwerer Folter, wahlloser Schießereien, sexueller Gewalt und willkürlicher Verhaftung.

Die Tatsache, dass neben den individuellen KlägerInnen von Khulumani auch die Organisation selbst als Klägerin in der Anklageschrift auftritt, unterstreicht noch einmal die Tatsache, dass es hier nicht um einen »schnellen Scheck« für Einzelne geht, sondern um einen konzentrierten politischen und rechtlichen Prozess. Die 91 KlägerInnen stehen stellvertretend für die 32.000 Mitglieder von Khulumani, alle Opfer und Überlebende der Apartheid; diese wiederum verstehen sich als StellvertreterInnen weiterer Kreise von Apartheidsopfern in der schwarzen Bevölkerung in Südafrika und den betroffenen Nachbarländern. In den Worten von MP Giyose, des Vorsitzenden von Jubilee South Africa, der

südafrikanischen Entschuldungsbewegung, die hinter den Klagen steht: »Diese Klage ist kein Lotteriespiel, sondern Teil des Kampfes um unsere Würde.«

Die Sprecherin der KägerInnen, Thandiwe Shezi, stellte bei der Vorstellung der Klage auf der Pressekonferenz vom 12. November in Johannesburg klar, dass die Entschädigungsklage an die Adresse von 22 internationalen Konzernen die südafrikanische Regierung nicht der Verpflichtung enthebt, sich für die Entschädigung der Apartheidsopfer einzusetzen, indem sie die entsprechenden Empfehlungen des Komitees für Entschädigung und Rehabilitation der Wahrheitskommission, aufgelistet in dem schon im Oktober 1998 veröffentlichten vorläufigen Abschlussbericht, endlich umsetzt. Sie unterstrich in ihrer Rede noch einmal, dass jede Entschädigung nur symbolische Wiedergutmachung sein kann: »Kein Geld in der Welt kann uns unsere Lieben zurück bringen.«

Konkrete Entschädigungssummen nennt die Klageschrift deshalb auch nicht. Der Koordinator der Apartheidsschulden- und Entschädigungskampagne von Jubilee South Africa, Neville Gabriel, zählte ergänzend sechs Komponenten der Entschädigung auf, um die es der entsprechenden internationalen Kampagne geht, welche den rechtlichen Prozess unterstützt und politisch begleitet:

- ▶ Öffentliches Eingeständnis, dass die beklagten Unternehmen die Apartheid unterstützten;
- ▶ Entschädigung für sozialen Aufbau besonders betroffener Gemeinschaften und gesellschaftlicher Gruppen;
- ▶ Entschädigung für besonders betroffene Einzelpersonen;
- ▶ Streichung verabscheuungswürdiger Apartheidsschulden sowie von durch Apartheid verursachten Schulden in den Nachbarstaaten;
- ▶ Entschädigung für Apartheidsschäden in der Region;

▶ Weitere, nicht finanzielle Formen von Entschädigung.

Um diese verschiedenen Formen von Entschädigung öffentlich zu diskutieren, fordert die südafrikanische Erlassjahr-bewegung eine internationale Konferenz mit allen relevanten Teilnehmern.

Die Khulumani Klage erhöht Druck auf Konzerne

Michael Hausfeld, der unter amerikanischen Anwälten als Schwergewicht für Entschädigungsklagen gilt, spielte schon im Prozess um die Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter eine entscheidende Rolle. Dass eine solch renommierte Anwaltskanzlei wie die von Hausfeld diese neue Apartheidsklage vertritt, ist als Indiz dafür zu bewerten, dass den Klagen der Apartheidsopfer gute Erfolgschancen eingeräumt werden. Damit wächst auch der Druck auf die beklagten Konzerne, und solche, die in weitere, noch zu erwartende Klagen einbezogen werden.

Bezeichnend dafür ist, dass sich nach Recherchen der Neuen Zürcher Zeitung vom 8. 12. 2002 schon am 14. November 2002, drei Tage nach Einreichung der Klagen durch Hausfeld, Vertreter von mehr als fünfzig namhaften US Konzernen unter Ausschluss der Öffentlichkeit im Capital Hilton Hotel in Washington trafen, um sich über das weitere Vorgehen gegen die wachsende Bedrohung durch Entschädigungsklagen zu beraten. Dieses Treffen führte zur Schaffung einer Rechtshilfegruppe (Legal Support Group) von Konzernen, gegen die zur Zeit in etwa 24 laufenden Menschenrechtsverfahren geklagt wird, jeweils auf der Basis derselben gesetzlichen Grundlage, nämlich des Alien Tort Claims Act, der auch den Holocaust Klagen gegen Schweizer Banken und der NS-Zwangsarbeiterklage zugrunde gelegen hatte.

Das Treffen im Washingtoner Hilton wurde von »USA Engage«, einer Lobby-Gruppe der wichtigsten internationalen Konzerne in

den USA veranstaltet, darunter auch DaimlerChrysler, Mannesmann u.a. Den Anstoß zu diesem Treffen hatte ein Mann gegeben, der schon in der Zwangsarbeiterklage eine maßgebliche Rolle gespielt hatte, und der auch die Grundsatzrede hielt: Stuart Eizenstat.

Die Metamorphose des Stuart Eizenstat

Stuart Eizenstat hatte als ehemaliger Unterstaatssekretär und Sonderbeauftragter Clintons die Verhandlungen zwischen jüdischen Klägern und Schweizer Banken geleitet und die amerikanische Regierungsseite in der Zwangsarbeiterklage vertreten. Dabei wurde ihm von den beklagten Unternehmen eine manchmal unkritische Nähe gegenüber dem jüdischen Weltkongress und den Anwälten der Sammelklagen vorgeworfen.

Heute ist Stuart Eizenstat Partner der großen Washingtoner Kanzlei Covington & Burling und hat die Seiten gewechselt. Heute agiert er im Interesse der beklagten Unternehmen und engagiert sich in der jetzt angelaufenen Kampagne, die bei Mitgliedern des amerikanischen Kongresses dafür wirbt, den Alien Tort Claims Act, abzuschaffen, der als Wurzel des Übels der gegenwärtigen Klagewelle angesehen wird. In seiner Eröffnungsrede auf besagtem Treffen am 14.11. in Washington erläuterte Eizenstat laut Bericht der NZZ die potentiell sehr kostspieligen Folgen der gegenwärtigen Klagen, welche die amerikanische Wirtschaft und die Fundamente des Welthandels, sowie die amerikanische außenpolitische Handlungsfreiheit ernsthaft bedrohen.

Anthony Sebok, Professor an der Brooklyn Law School, stellte im Anschluss an Eizenstat die Klagen in einen größeren Zusammenhang und warnte davor, die Klagen zu unterschätzen. Er legte dar, wie der Alien Tort Claims Act, der ursprünglich nur die Zuständigkeit von amerikanischen Gerichten für Klagen von Ausländern in den USA wegen Verletzungen

ihrer Rechte unter dem Völkerrecht feststellte, jetzt, im Sog der Globalisierung von den neuen Bürgerrechtsgruppen zur Durchsetzung von Menschenrechten gegen internationale Konzerne verwandt werde. Diese würden damit Opfer der von ihnen selbst vorangetriebenen Globalisierung. Mit folgendem Satz brachte er seine Ausführungen auf den Punkt: »Nike und Hausfeld teilen sich die Welt. Nike verkauft in Sweatshops produzierte Turnschuhe, und Hausfeld Gerechtigkeit«.

Ein völkerrechtlicher Testfall

»Wir stehen auf starkem rechtlichen Boden«, waren die Schlussworte des Plädoyers zugunsten der Klage durch Shadrack Gutto, Professor für Völkerrecht am Centre for Applied Legal Studies der Universität vom Witwatersrand, Johannesburg, der die völkerrechtliche Grundlage der Apartheidsklage gegen Anfang der Pressekonferenz am 12. November 2002 in Johannesburg skizzierte.

Die rechtliche Basis der neuen Klage ist, wie auch im Falle der Sammelklagen durch Ed Fagan, oben erwähnter Alien Tort Claims Act. Nach diesem Gesetz können nicht-amerikanische BürgerInnen amerikanische oder internationale, in den USA niedergelassene Konzerne verklagen, falls eine kausale Beziehung zwischen der Tätigkeit der Unternehmen und den erlittenen Schäden hergestellt werden kann. Dabei muss es um Verletzungen internationalen Völkerrechts oder anerkannter Menschenrechte gehen.

Die Klage argumentiert völkerrechtlich auf der Basis von internationalem Gewohnheitsrecht (Customary International Law) und bezeichnet die institutionalisierte Apartheid als einen besonders exemplarischen Fall eines »Verbrechens gegen die Menschheit.« Schon 1973 erklärte die Vollversammlung der Vereinten Nationen in ihrer »Convention on Apartheid«, welche in Analogie zur Übereinkunft zu Völkermord verfasst war, die Apartheid als ein solches Verbrechen. Das Rom-Statut

des Internationalen Strafgerichtshofes hat in Übernahme dieser UN Übereinkunft Apartheid zu einem internationalen Verbrechen erklärt, das als System sich unmenschlicher Taten schuldig gemacht hat wie »Mord, Versklavung, Deportation oder Zwangsumsiedlung, Folter und sexueller Gewalt«; dies im Kontext »systematischer Unterdrückung und der Herrschaft einer rassistisch definierten Gruppe über andere«.

Durch die Beweisführung anhand der aufgeführten Kategorien von Opfern erhärtet die Klage die Schlussfolgerung, dass es sich in der Praxis des Apartheidsregimes in der Tat um ein völkerrechtlich definiertes »Verbrechen gegen die Menschheit« handelt.

Damit betritt die Klageschrift völkerrechtliches Neuland. Bisher wurde die Ächtung der Apartheid als »Verbrechen gegen die Menschheit« vor noch keinem internationalen Gericht getestet. Es gibt zwei parallel vergleichbare Prozesse: der gegen Shell im Falle Ken Saro Wiwas in Nigeria, und der gegen Unocal in Myanmar. In letzteren Fall wurde der Ölkonzern Unocal wegen Anstiftung zu Menschenrechtsverletzungen gegen burmesische Dorfbewohner verklagt, die sich gegen den Bau eines Pipeline-Projektes gewehrt hatten. Ein kürzlicher Gerichtsentscheid in den USA hat die obige Argumentation im Fall Unocal anerkannt. Das verspricht eine positive Weiterentwicklung internationalen Strafrechts auch im Falle der Apartheidopfer.

Mitverantwortung für die Verbrechen der Apartheid

Die Anklageschrift gegen die 22 internationalen Konzerne argumentiert mit dem Rechtsprinzip der »secondary liability«, welches durch die Nürnberger Prozesse in der internationalen Rechtsprechung etabliert wurde. Es beinhaltet die Mitverantwortung von Akteuren, die zwar nicht die direkten Täter sind, aber als Helfershelfer dieser Täter eine sekundäre Mitverantwortung für die

begangenen Verbrechen haben. Die Schrift macht deutlich, dass die 22 beklagten internationalen Firmen, welche alle in der Unterstützung des Sicherheitsapparates der Apartheid involviert waren, durch die Erklärungen und Abkommen der Vereinten Nationen bestens über den verbrecherischen Charakter des Apartheidsregimes informiert waren. Als Unterstützer in strategischen Bereichen des Unterdrückungsapparats der Apartheid waren sie somit mitverantwortlich für die an den Apartheidopfern von Mitgliedern der Polizei, des Geheimdienstes und der Armee verübten Verbrechen.

In der Anklageschrift sind die beklagten Firmen je nach unterstützten Sektoren des Unterdrückungsapparats in sechs Kategorien eingeteilt:

1. Internationale Ölfirmen, welche das Ölembargo gegen Südafrika unterlaufen haben: ExxonMobil Corp., Shell Oil Co., Caltex (Chevron Texaco Corporation, Chevron Texco Global Energy Inc.), British Petroleum P.L.C., Fluor Corporation, Total-Fina-Elf;
2. Rüstungsfirmen, welche das 1977 von UN-Sicherheitsrat mandatorisch verhängte Waffenembargo gegen Südafrika verletzt haben. Hier ist als einzige Firma Rheinmetall AG aufgeführt, eine der zehn wichtigsten Waffenfabrikanten seit der Gründung der Bundesrepublik. Da Rheinmetall im September 1999 die gesamte Waffenproduktion der Schweizer Firma Oerlikon-Buehrle (Oerlikon Contraves Defence) erwarb, hat Rheinmetall auch die Verantwortung für die Verstöße von Oerlikon-Buehrle übernommen.
3. Internationale Banken, welche durch ihre Kredite den Sicherheitsapparat des Apartheidsregimes mitfinanzierten: Barclays National Bank Ltd., Citigroup Inc., Commerzbank, Credit Suisse Group, Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, J.P. Morgan Chase (Chase Manhattan), UBS AG

4. Unternehmen, die Fahrzeuge für die Sicherheitskräfte des Apartheidsregimes zur Verfügung stellten: Ford Motor Co., DaimlerChrysler AG, General Motors Corp.
 5. Firmen, die strategische Technologiekomponenten für den Sicherheitsapparat lieferten: Fujitsu Ltd (International Computers Ltd), International Business Machines Corp. (IBM), AEG Daimler-Benz Industrie
 6. Bergbaufirmen, welche eine entscheidende Rolle in der Entwicklung und Durchführung der Apartheidspolitik spielten. Sie profitierten von sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen. Hier ist nur die Rio Tinto Gruppe aufgeführt, zu der der Palabora Mining Konzern gehört.
- Die Liste ist offen für weitere noch anzuführende mitbeklagte Unternehmen.

Bausteine in der Mauer der Apartheid

»Jedes Handelsabkommen, jeder Bankkredit, jede neue Investition ist ein weiterer Stein in der Mauer unserer fortgesetzten Existenz«. Dieses Zitat von Premier John Vorster von 1972 sollte den fünf deutschen beklagten Banken und Unternehmen zu denken geben, wenn sich die Rechtsabteilungen der betroffenen Häuser jetzt über ihre Archive hermachen, um die Berechtigung der Klagen gegen sie zu widerlegen. Dazu haben sie bis zum 12. März 2003 Zeit. Dann treffen sich Anwälte der Kläger und Beklagten zum ersten Mal vor dem zuständigen Richter im Eastern District von New York.

Als erstes wird die Entscheidung anstehen, ob alle Entschädigungsklagen von Apartheidopfern zusammengelegt werden sollen. Während dies durchaus im Interesse der Strategie der seit dem 19. 6. 2002 bei verschiedenen Bezirksgerichten von Ed Fagan eingereichten Sammelklagen liegt, wird Hausfeld gute Gründe gegen eine solche »Konsolidierung« vorbringen. Hausfelds wichtigstes Argument wird sein, dass es sich in seinem Falle formal

rechtlich nicht um typische Sammelklagen handelt, dazu kommt, dass den von Hausfeld vertretenen Klagen eine verschiedene Argumentation zugrunde liegt (nicht eine Theorie von »Verschwörung« (»conspiracy«), wie bei Fagan, sondern die der »secondary liability«) und dass es sich bei Hausfeld um eine bestimmte Kategorie von Firmen (Unterstützer des Sicherheitsapparates und nicht des Apartheidsregimes als solchem) handelt; außerdem wurden Hausfelds Klagen bei einem anderen Distriktgericht (Eastern District von New York anstatt Southern District im Falle von Fagans Hauptklagen) eingereicht.

Zur Stärkung der Hausfeld-Klage laufen zur Zeit Vorbereitungen, über eine neue Anwaltskanzlei, im Namen von weiteren KlägerInnen, diesmal nicht aus dem direkten Umfeld von Khulumani, eine weitere Klage, wiederum beim Bezirksgericht im Eastern District von New York, einzureichen. Diese werden sich gegen dieselben Konzerne wenden, die schon Adressaten der Khulumani-Klagen waren.

Hausfeld werden jedenfalls gute Chancen eingeräumt, dass er mit seiner Argumentation gegen eine Konsolidierung der Klagen Erfolg hat. Eins ist sicher: es wird einen spannenden rechtlichen und politischen Prozess geben, der weitreichende Konsequenzen für die Bestrebungen haben wird, völkerrechtliche Regelungen zu etablieren, nach denen transnationale Konzerne in Zeiten der Globalisierung für ethisch anfechtbare Geschäfte haftbar gemacht werden.



Glauben im Angesicht des Terrors

Die scheinbare Machtlosigkeit Gottes im Angesicht von Katastrophen hat die Menschheit immer schon beschäftigt, die Theodizee zählt nicht erst seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zu den Standardproblemen der Theologie. HEINZ RÖHR stellt ein Buch vor, das der Möglichkeit von »Glauben nach Ground Zero« nachspüren möchte.

Seit dem 11. September 2001 sei »alles anders geworden«, heißt es. Nichts ist anders geworden! Wir haben uns inzwischen an einen neuen Krieg gewöhnt, der seit Jahren geplant war (Wolfowitz!). Wo war Gott? Wo ist Gott heute?

M. Käßmann zählt in ihrem Vorwort auf: Das Erdbeben von Lissabon 1755, »Auschwitz, Gulag, Vietnam, Hunger, Ungerechtigkeit, Zerstörung und Krieg«. Sie zitiert Luther, Bonhoeffer, Hiob und Jona: Mehr kann man nicht verlangen.

Das Buch enthält 13 Beiträge: zehn evangelische, zwei katholische und einen methodistischen (Klaiber). Darunter ist viel Professorentheologie (Moltmann, Jüngel, Huber). Einige Texte sind mit Herzblut

geschrieben (Kock, Albus, Zink). Die beiden katholischen Beiträge sind herausragend (Drewermann wegen der Länge, Eugen Biser wegen der überbordenden Gedankenvielfalt). Der große alte Mann der katholischen Religionsphilosophie (Jg. 1918) zitiert neben Anselm, J. Paul und Nietzsche eine ganze Reihe von jüdischen Autoren: Buber, Jonas, Adorno, Horkheimer, Scholem, Elie Wiesel, daneben aber auch Gertrud von le Fort, die berühmte Mystikerin und Konvertitin, und Josef Bernhart, den Mystikforscher und großen Leidenden. (Aber wer von uns liest schon le Fort und Bernhart?) Ein Beitrag, der ungemein bereichert!

Besonders hervorheben möchte ich (meine Geschlechtsgenossen mögen mir das verzeihen!) neben der Herausgeberin die beiden anderen Frauen: Maria Jepsen und Dorothee Sölle. Jepsen setzt mit einer Interpretation von Melvilles »Moby Dick« ein. Sie will an Kapitän Ahab klarmachen, »wie es in einem Menschen zugehen kann«, dem Hass und Wut eine Hälfte des Herzens »weggefressen« haben. Dem kontrastiert sie die Bibel: »Die Rache ist mein« und »Gott ist Liebek«. »Nicht die Rache, die Sache des Menschen ist das Tun des Gerechten.« Und: »Wir nennen Gott nicht den Rächer. Wir nennen



ihn den Vater«. So weit, so gut! Warum aber dann doch: »Wir ... verlassen uns darauf, dass Jesus für uns um unserer Sünden willen am Kreuz gestorben ist...« Das verstehe, wer will. Überhaupt ist neben Hiob (das ist einsichtig!) zu viel Christologie, zu viel »Kreuz« in die 199 Seiten des Buches eingeflossen!

Die 5 Seiten von Sölle fallen heraus: Sie zitiert H. Böll: »Karfreitag, jetzt ist es an der Zeit, Gott zu trösten.« (Christologie?) Das Ganze ist ein Pamphlet gegen Männerfantasien und Judenhass, gegen gedankenloses Reden von der Omnipotenz Gottes. Wir brauchen eine »Revision« des Gottesbildes. Jonas, Fackenheim, Wiesel sind die Gewährsleute. »Weibliches Denken« kann helfen gegen »männliche Sexualität« und auch »männliche Dogmatik«.

Und Bush? »Das Beste, was diesem Kaiser (Bush) passieren konnte, geschah am 11. September 2001«. Dieser Terroranschlag hat ihn »ermächtigt« zum Krieg, unter Umgehung des Völkerrechts! »Nicht in unserem Namen!« Was tun? »Wir sind mit dem anderen Amerika verbündet«: dem Amerika von M. L. King, der Quäker, Mennoniten, Unitarier und liberalen Juden! »Der Kampf geht weiter.«

PS: Ich habe unter dem Eindruck dieser Worte mein Lexikon (RGG, 3. Aufl.) unter dem Stichwort »Widerstandsrecht« befragt, geschrieben unter dem Eindruck des 20. Juli (E. Wolf). Wir sind (wieder) soweit.

Margot Käßmann (Hg.), Glauben nach Ground Zero, Kreuz-Verlag Stuttgart u. Zürich 2003, 199 S., 19,90 €

Resos in Wesfalen

Mit »Christuskreuz und rote Fahne« hat Ulrich Peter eine akribisch recherchierte, vor Details überbordende Untersuchung zur Geschichte des christlichen Sozialismus in Westfalen und Lippe vorgelegt. REINHARD GAEDE findet, dass nicht nur KirchenhistorikerInnen hiervon profitieren können.

In Westfalen gab es religiöse Sozialisten in nennenswerter Zahl. Das ist bisher in zeitgeschichtlichen Forschungen meist unbemerkt geblieben. Die neuere Kirchengeschichte konzentrierte sich auf den so genannten »Kirchenkampf«. Dieser Kampf gegen die Nazis wurde übrigens im Anfang rein defensiv ohne politische Motivation geführt – wie mir Helmut Gollwitzer versicherte. Er stand unter dem Motto: »Kirche muss Kirche bleiben«. Dass dagegen die religiösen Sozialisten seit 1926 die Gefährlichkeit des aufstrebenden Faschismus dokumentierten und die Nazis aus religiösen und politischen Motiven bekämpften, habe ich seit 1972 öfter nachgewiesen (vgl. z.B.: R. G.: Kirchenkampf um Weimar. Dokumente des Kampfes der religiösen Sozialisten gegen den Faschismus, Junge Kirche Beiheft 6/1976 »Macht des Evangeliums in Herrschaftszusammenhängen«; Festschrift für W. Schweitzer, S. 22-27 und R. G.: Gegen Fürsten und Faschisten. Organisation und Kampf des BRSD 1918-1933, in Christ und Sozialist 3/1981). Die Darstellungen des religiösen Sozialismus widmeten sich bisher den süddeutschen Vertretern Erwin Eckert und Heinz Kappes (F.M. Balzer) oder dem Kölner »roten Pfarrer« Georg Fritze (H. Prolingheuer). Nachdem Ulrich Peter bereits eine umfangreiche Studie »Der Bund der religiösen Sozialisten in Berlin 1919-1933« (Europäische Hochschulschriften XXII, Band 532, Peter Lang, Frankfurt u.a. 1995) vorgelegt hatte, wendet er sich nun dem westfälischen Landesverband zu.

In vieler Hinsicht kann diese Studie aufklärend wirken: Die Untersuchung des Kampfes der Arbeiter um die Orientierung ihrer Kirche kann die diffamierenden Darstellungen widerlegen, die durch Gleichsetzung von »rechts« und »links« unter dem Stichwort »Ideologie« religiöse Sozialisten mit Nazis zusammen als »Kirchenfeinde« verdammen. Der bürgerlich orientierten Mehrheit unserer aktiven Gemeindeglieder wird demonstriert, wie stark sich die Arbeiterbewegung engagierte,

um an der Mitverantwortung ihrer Kirche teilzuhaben – und das, obwohl die Leitung der jeweiligen Gemeinden oft versuchte, Kandidaten der religiösen Sozialisten fernzuhalten. Mitglieder der Gewerkschaften wie Sozialdemokraten können erfahren, wie eng die Kooperation mit den religiösen Sozialisten damals war. Ihre Presse unterstützte nämlich die religiösen Sozialisten bei Kirchenwahlen. Uns allen hilft die Studie, die damals bedrohten und bedrängten Streiter/innen

für Demokratie, Frieden und soziale Gerechtigkeit aus christlicher Verantwortung wiederzuentdecken und die vom Faschismus verdrängte demokratische und soziale Tradition wiederzufinden. Die Studie gibt somit einen Beitrag zur Geschichte der Evangelischen Kirche und der Sozialdemokratischen Partei in der Weimarer Zeit. Gleichermassen wichtig ist der Beitrag zur Lokalgeschichte in Westfalen. Die besondere Bedeutung der Studie für die Forschung liegt darin, dass Ulrich Peter viele Archive und Dokumentensammlungen der Öffentlichkeit zugänglich macht. Bis in Details sind Namen und Ereignisse mit fast unglaublicher Geduld festgehalten, dazu Herkunft und gesellschaftliche Rahmenbedingungen der Bewegung. So entsteht aus Mosaikteilchen ein Gesamtbild der religiösen Sozialisten in Westfalen.

Enthalten sind darin Einzelstudien, teils zur Lokalgeschichte, teils zu Sonderorganisationen: zur Bruderschaft sozialistischer Theologen, zur katholischen Arbeitsgemeinschaft im Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands (BRSD), zur jüdischen Arbeitsgemeinschaft im BRSD. Insofern ist das Buch wichtig

Beiträge zur Westfälischen Kirchengeschichte

Ulrich Peter

Christuskreuz und rote Fahne

Der Bund der religiösen Sozialisten in Westfalen und Lippe während der Weimarer Republik

24

Luther-Verlag

im Blick auf die Geschichte des BRSD einschließlich des progressiven Teils der Katholiken und der Juden in Deutschland. Biographien und eine Zusammenfassung ermöglichen es, eine Übersicht trotz der Vertiefung ins Detail zu behalten. Wer interessiert ist am Schicksal der religiösen Sozialisten im sozialdemokratischen Widerstand oder in der Bekennenden Kirche findet reichlich Informationen. Ein Ausblick widmet sich den Wiederaufbauversuchen nach 1945 und den Aktivitäten des Bundes in

den letzten Jahren.

Der Teil A zum Stand und Gegenstand der Forschung enthält – außer schon erwähnten Perspektiven – ein Kapitel über die ehemalige Provinz Westfalen mit ihrer Arbeiterbewegung sowie über die Kirchenprovinz Westfalen und die Lippische Kirche. Man erfährt: Erste Gruppen bildeten sich in Witten und Essen 1920, aber erst 1926 entstand eine Landesorganisation. Der »Volkskirchenbund evangelischer Sozialisten« unterstützte den Bergarbeiterstreik Mai 1924 im Ruhrgebiet. Im Siegerland, wo die Christlich-Nationalen stark waren, holte Fritz Fries, Mitglied des Landtags, religiös-sozialistische Pfarrer zu Vorträgen.

Eine eigenartige Entwicklung nahm der Landesverband Lippe. Heinrich Schwartz, ein ehemaliger Theologiestudent, der als Pfarrer auftrat, proklamierte 1929 die »Lippische Volkskirche«, geschickt einen rechtsfreien Raum nutzend. Ein Exkurs widmet sich seiner Karriere bzw. seinem Schicksal. Mit seinen Anhängern profilierte er sich im lippischen Schulkampf, hielt Versammlungen auch im Minden-Ravensberger Land. Selbst unter dem Naziregime stieg er auf, diesmal als Lan-

despastor für Pressewesen beim DC-Bischof Schultz in Mecklenburg. Auch in der DDR spielte er eine unrühmliche Rolle, indem er bei der Zwangsemeritierung des Philosophen Ernst Bloch mitwirkte. Die Lippische Volkskirche scheiterte 1931. Seit den Auseinandersetzungen um den Übertritt Erwin Eckerts zur KPD standen Schwartz und sein Landesverband im Gegensatz zur Bundesleitung. Nach seinem Umzug nach Berlin endeten im Mai alle Aktivitäten der Geschäftsstelle des Landesverbandes und der »Volkskirche«.

Die erste Landesversammlung Westfalens, 5.-6. Sept. 1931 in Dortmund, wurde von Partei und Reichsbanner massiv unterstützt. 70 Sänger des Dortmunder Volkschors traten auf. Der Landesverband mit seiner Geschäftsstelle in Gelsenkirchen konstituierte sich. Eine Ortsgruppe umfasste mindestens 7 Mitglieder. Die Zugehörigkeit zu einer bürgerlichen Partei war dem Mitglied nicht gestattet, sondern Mitarbeit in den Organisationen des »Proletariats« war gefordert. Die Bundeszeitung »Der religiöse Sozialist« war für das Mitglied obligatorisch. Im Gegensatz zum links-pluralistischen Reichsverband verstanden sich die Westfalen als Bestandteil der SPD. Lesergruppen der Bundeszeitung waren Keimzellen für Ortsgruppen. Vorträge religiös-sozialistischer Pfarrer und anderer Redner für die Eiserne Front stärkten bei der SPD das Vertrauen in den BRSD.

Teil C widmet sich der Kirchenwahl 1932 im Ruhrgebiet. Der BRSD sah die Grundlagen des Christentums in Gefahr und sah sich »in einer Schicksalsrolle als einzige antifaschistische Kraft in der Kirche«. Ein »Raubzug gegen alle Rechte und Freiheiten« wurde im Falle des Sieges Hitlers vorausgesagt. »(108). Evangelische Sozialisten, ihr müsst wählen!« hieß der Werbetext. Wichtige Ziele waren:

- » »eine wirklich soziale, dem Proletariat verbundene und demokratisch verwaltete Volkskirche«
- » »Trennung von Kirche und Staat«

- » »wahrhaft christliche Haltung der Kirchen durch Eintreten für Frieden und Verständigung innerhalb des Volkes und der Völkerfamilie«
- » Kampf gegen den »neuheidnischen Faschismus« (112).

In mindestens 40 Gemeinden trat der BRSD an, 271 Sitze in den Gemeindevertretungen wurden erreicht.

Lokalstudien Ulrich Peters berücksichtigen folgende Städte mit Ortsteilen: Gelsenkirchen, Bottrop, Gladbeck, Recklinghausen, Haltern, Bochum, Witten, Herne, Kamen, Methler, Dellwig, Unna, Hamm, Ahlen.

Teil D berichtet über die Kirchenwahl im Sauerland und in Ostwestfalen. Besondere Aufmerksamkeit erhält Lüdenscheid, wo die personelle Kontinuität religiöser Sozialisten von 1919 bis in die 50er Jahre reicht. In dieser hoch industrialisierten Stadt hatte die »Sozialistische Arbeiterjugend« (SAJ) ein enges Verhältnis zur Kirche. Auf Antrag überließ ihnen das Presbyterium am 5. Dez. 1923 die Erlöserkirche. August Bleier, einer der profilierten religiösen Sozialisten aus Berlin sprach in der »Sozialistischen Silvesterfeier« über »Neues Reich durch neue Menschen« (281). Pfarrer Störmer gründete in Kooperation mit der SAJ die Heimvolkshochschule »Wislade«. Bei den Kirchenwahlen erhielten die Evangelischen Sozialisten 571, die Deutschen Christen 337 Stimmen (289). Berichtet wird auch über die Kirchenwahl in den Gemeinden Oberrahmede, Werdohl, Nachrodt und im Kirchenkreis Iserlohn.

Die Darstellung der Kirchenwahl in Ostwestfalen bezieht sich auf das Münsterland sowie die Gemeinden Hörstel, Bielefeld, Senne II (heute: Sennestadt), auf den Kirchenkreis Herford mit den Gemeinden Spenge, Herford, Enger, Bünde, Hiddenhausen, Rödinghausen, Löhne sowie auf die Gemeinden Lübbecke, Minden, Hartum.

Teil E behandelt das Ende des Landesverbandes. Das Organ der österreichischen

religiösen Sozialisten berichtete im April 1933 so darüber: »Die Terrorwelle der »nationalen Erhebung« hat auch den Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands betroffen. Die Wochenzeitschrift »Der religiöse Sozialist« kann seit Wochen nimmer erscheinen, ebenso ist die Zeitschrift für Religion und Sozialismus am Erscheinen verhindert. Die Druckereien ... sind zerstört, das Adressenmaterial vernichtet. Der Schriftleiter der Wochenzeitschrift, Genosse Pfarrer Schenkel befindet sich zur Zeit in Schutzhaft.« (402) An die Funktionäre des BRSD und an einige Zeitschriften wurde eine »Stellungnahme zur Lage« geschickt »Haltet mit uns fest an den Grundsätzen ... Bleibt euch bewusst, dass uns das Evangelium Jesu Christi verpflichtet zu unablässigem Wahrheitsstreben, zu unbeugsamer Gerechtigkeitsliebe, zum geistigen Kampf gegen Gewalttätigkeit und zum brüderlichen Zusammenstreben mit allen Mühseligen, Beladenen und Unterdrückten. Wer um dieser Ziele willen Opfer bringen, für sie leiden vermag, danke Gott für die ihm geschenkte Kraft.« (402)

Das Kapitel »Widerstand in tiefster Nacht« würdigt den Kampf von Ernst Müller, Johannes Hoischen (beide in Dortmund) und Ludwig Wengorz (Buer-Scholven). In der Westfälischen Bekennenden Kirche wirkten der Professor Otto Piper sowie die Vikare Anne Schümer und Wilhelm Schümer, der unter Lebensgefahr den Fahnenneid verweigerte,

Teil F, Einzelstudien zum Westfälischen Landesverband, bezieht sich in einem Kapitel auf Pfarrer Karl Glauert und die religiösen Sozialisten in der Kirchengemeinde Gladbeck. Ulrich Peter weist nach: Der rätselhafte Übertritt Glauerts zu den Deutschen Christen erklärt sich aus seiner Orientierung am christlich-sozialen Denken Adolf Stoeckers. Die Arbeiter wolle er für Christus gewinnen. Unter dieser Idee trennte er sich von Konzepten, die nicht wirksam schienen. So wechselte er vom sozialen Kaisertum zur Volkskirche, dann zu den religiösen Sozialisten unter dem Vorbehalt, die

kleinbürgerliche »Kommunale Evangelische Vereinigung« zu unterstützen. Als die Nazis siegten, mag er von einer »staatsbejahenden deutschen Volkskirche« geträumt haben.

Kapitel XVII widmet sich Sonderorganisationen, zuerst der »Bruderschaft sozialistischer Theologen«, gegründet während des 3. Kongresses des BRSD vom 1. bis 4. Aug. 1926 in Meersburg.

Gegenseitige Hilfe und enge Gemeinschaft war das Ziel in einer Zeit, als einige Pfarrvereine sozialistische oder republikanische Pfarrer als missliebige Mitglieder ausschlossen. Unter ca. 16.000 Pfarrern in der Republik waren 200 Mitglieder in der Bruderschaft. Es werden die Biographien von Hans Ehrenberg, Karl Glauert, Ernst Krause, Otto Maschke, Edgar Olimart, Otto Piper, Johannes Störmer, Wilhelm Vischer, Friedrich Wilhelm Wester und Johannes Zauleck überliefert. Mit dem letzten Rundbrief, 25. Mai 1933, stellte die Bruderschaft ihre legale Arbeit ein.

Der zweite Abschnitt widmet sich der katholischen Arbeitsgemeinschaft im BRSD. Die einzig bedeutende Darstellung hat Georg Humbert bisher vorgelegt. »Das rote Blatt der katholischen Sozialisten« bestand von 1929 bis 1930 und fusionierte dann mit der »Zeitschrift für Religion und Sozialismus«. Eine Gruppe sammelte sich in Dortmund um Johannes Hoischen.

Der dritte Abschnitt stellt die jüdische Arbeitsgemeinschaft im BRSD vor. Der »Bund jüdischer Sozialisten« bestand seit 1929. Die Biographien der Rabbiner Kurt Wilhelm und Ernst Appelt werden überliefert.

Kapitel XVIII, Biographien, erzählt vom Leben der religiösen Sozialisten Emil Figge, Carl Gatzten, Aurel von Jüchen.

Die Zusammenfassung kommt zu folgenden Ergebnissen:

» Eine Wurzel des BRSD in Westfalen war die »Volkskirchenbewegung«. Christlich-Liberale und »Novembersozialisten« hatten sich zusammengefunden. In Gladbeck,

Witten und Lüdenscheid waren Einflüsse der Schweizer Religiös-Sozialen wirksam.

» Es fanden sich christliche Sozialdemokraten zusammen, die »als Sozialisten in der Kirche und als Christen in der sozialen Bewegung« gleichzeitig »Heimatrecht« suchten.

» Abgesehen vom Gladbecker Beispiel war der westfälische BRSD eine »Laien-Bewegung«. Die Kirchenwahl 1932 hatte eine Verankerung des BRSD in der Kirche erreicht. Der Aufruf des BRSD in der SPD-Presse, die Mobilisierung über die Strukturen des Reichsbanners zog Mitglieder, häufig Parteifunktionäre an. (475)

» Dabei hatten die religiösen Sozialisten nur für eine Kirche gestritten, die parteiisch für die Armen sein sollte. »In der Kirche – Gegen die Kirche – Für die Kirche« lautete der Dreischritt der Kirchenreform. Sie verstanden sich als »Brückenbauer zwischen einer veränderten Kirche und der Arbeiterschaft«.

» In der Arbeiterschaft wollten sie eine »Akzeptanz von religiösen Mitgliedern«, die »Weltanschauungsfreiheit in der SPD« erreichen. »Der Atheismus von Marx und Engels ist ihre Privatangelegenheit«, sagte man.

» Der BRSD war eine »eindeutig zur sozialistischen Arbeiterbewegung zu zählende Organisation«. (476)

» Vor 1933 war der BRSD faktisch die einzige kirchliche Kraft, die politisch und theologisch die DC bekämpfte und ihren Einbruch in die kirchlichen Körperschaften zu verhindern suchte.«

» Die religiösen Sozialisten wollten »die vergessenen Grundwahrheiten des Evangeliums z.B. die vom Kommen des Reiches Gottes ins Bewusstsein der Christenheit rücken.« (Emil Fuchs) Sie waren »Sozialisten aus christlichem Glauben«. »Der religiöse Sozialismus der Weimarer Zeit ist nur als Befreiungstheologie und befreiungs-

theologische Praxis im deutschsprachigen Kontext adäquat zu verstehen.«

» Eine einheitliche »theologische Schule« gab es nicht. Doch wesentlich waren zwei Traditionslinien. Einmal die »sozialen Bestrebungen des religiösen Liberalismus, die sich im Evangelisch-Sozialen Kongress manifestierten und zum andern die Reich-Gottes-Botschaft Christoph Blumhardts.« (477)

» Es gibt ein »Nachleben religiös-sozialistischen Denkens«. Ulrich Peter nennt als Beispiel Thesen 3 und 5 im »Darmstädter Wort des Bruderrats der Bekennenden Kirche«.

In dieser Perspektive berichtet Ulrich Peter in Kapitel XV über »Wiederaufbauversuche nach 1945«. In der sowjetischen Besatzungszone waren 1947/48 Versuche schon weit gediehen, scheiterten aber letztlich an der Kursänderung der SED, zu der das Gros der BRSD-Funktionäre im Osten zählte. Im Westen bildete sich das Zentrum »in Frankfurt mit Stützpunkten in der Pfalz, in Württemberg und in Bayern«. Weil die SPD einen »Mangel an qualifizierten Kräften« hatte, griff sie gern auf »das Potential an erfahrenen religiösen Sozialisten« zurück. So fehlten dem BRSD diese Männer, die in einflussreiche Ämter kamen. (412) Von 1947-1952 hatten die »Arbeitsgemeinschaften für Christentum und Sozialismus« ihre Blütezeit. Sie hatten sich im Kontext der SPD gebildet und besetzten in NRW das Feld, so dass hier keine BRSD-Strukturen entstanden. Zwar erschien im März 1949 wieder das »Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes«, ab April 1949 »Christ und Sozialist«, doch blieb der BRSD eine »äußerst reduzierte Rest-Organisation«. Verschiedene »Konkurrenzorganisationen« vertraten die früheren Aufgaben und Positionen. Eine kurze Episode blieb der in Oberhausen gegründete »Bund christlicher Sozialisten«.

Unter der Frage »Neuer Wein in alten Schläuchen?« referiert Ulrich Peter auch über die Geschichte des Bundes nach 1975, die

Mitgliedern des BRSD und Lesern, Leserinnen von CuS bekannt ist. »Überalterte Restgrüppchen in Frankfurt und Kassel« waren übrig geblieben, geleitet von Heinrich Schleich, einem Juristen, der politisch eher Positionen von CDU/CSU vertrat.

War dann die Neubelebung durch Studenten und Studentinnen aus Bochum und Bethel »neuer Wein in alten Schläuchen«, letztlich ein Scheitern?

Ich habe länger darüber nachgedacht. 1975 kamen wir dazu als Leute, die an eine Tradition anknüpfen wollten, die für die Bewahrung des Friedens und den Kampf um Gerechtigkeit stand, die die Treue gegenüber der Reich-Gottes-Botschaft Jesu bewahrt hatte. Das »Lernen aus der Geschichte« wollten wir nicht Institutionen und dem Wissenschaftsbetrieb allein überlassen. Es gab so viele Beispiele dafür, dass keine oder wenige Folgerungen aus Schuld und Versagen in der Vergangenheit gezogen wurden. Und es bot sich die Chance, Vorbilder für Glauben und Handeln von Christinnen und Christen wiederzuentdecken, ja mit einigen noch sprechen zu können...

Schon wenn wir auf unsere kleine Schar sahen, war klar, dass wir nur Impulse geben, ein Forum eröffnen konnten. Als wunderbar empfanden wir es dann, dass wir Zustimmung fanden, mehr als wir erhofft hatten. Besonders dass wir Gesinnungs-Verwandte, ja Freundinnen und Freunde fanden, nicht nur in Deutschland, sogar in der weiten Welt. Die Kette der Zeuginnen und Zeugen für den Frieden und die Gerechtigkeit in der Hoffnung auf Gottes wachsendes Reich wiederzufinden, daran anzuknüpfen und weiterzuarbeiten, das war das Motiv.

Es ging dann auch um neue Themen unserer Zeit, das Vorbild eines Sozialismus mit menschlichem Antlitz, wie er sich in der ČSSR bildete, das Modell von Genossenschaften und Betrieben in der Hand von Arbeitern und Arbeiterinnen... Erfreulich war auch, dass

viele Anregungen der religiös-sozialistischen Tradition in der Ökumene aufgegriffen wurden (z.T. durch den Einfluss Paul Tillichs) und verwandte Traditionen wie die Theologie der Befreiung sich bildeten.

Ulrich Peters Buch ist nicht nur für kirchengeschichtlich Interessierte, Historiker/innen, Pfarrer/innen, Soziologen/innen, Politikwissenschaftler/innen interessant. Alle, die bewährte Traditionen kennenlernen und weiterentwickeln wollen, finden in dem Buch viele Anregungen. »Als ›Gedächtnis der Christenheit‹ hat der religiöse Sozialismus noch eine Zukunft«. (422)

Ulrich Peter, Christuskreuz und rote Fahne. Der Bund der religiösen Sozialisten in Westfalen und Lippe während der Weimarer Republik. Beiträge zur Westfälischen Kirchengeschichte, Band 24, 528 Seiten, Paperback, Euro 32,90

Neureligiöse Bewegungen

Im Zeitalter der Patchwork-Religiosität und des kulturellen Pluralismus ist das Angebot an Sinn stiftenden Gruppen, Bewegungen und Sekten derart vielfältig geworden, dass der Überblick vollständig verloren gegangen ist. MitarbeiterInnen der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen haben sich die Aufgabe gesetzt, einen Führer durch diesen Dschungel zu schreiben – HEINZ RÖHR hat ihn für uns gelesen.

Das vom Mitarbeiterstab der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) herausgegebene Riesenwerk scheint auf den ersten Blick ein Nachfolger des berühmten »Hutten« (»Seher, Grübler, Enthusiasten«) zu sein. Das »Panorama« will aber mehr sein: es will die »verschiedenen Bereiche der religiösen Gegenwartskultur« »zusammenschauen«. Es vereinigt »dialogische Offenheit

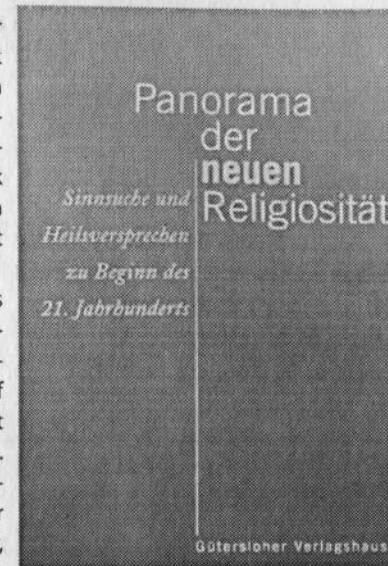
und die Bereitschaft zur öffentlichen Rechenschaft des Glaubens« mit dem »Protest gegenüber krankmachender und verletzender Religiosität«. Das Werk darf im großen Ganzen als gelungen betrachtet werden.

U. Tworuschka hat das Nötige über die Angewiesenheit der »theologisch-apologetischen Zunft« auf die Religionswissenschaft gesagt (MD 12/2002, S. 387ff). Als Religionswissenschaftler aus der Marburger Schule (R. Otto, F. Heiler, H. Frick, E. Benz) teile ich

gewisse Vorbehalte, die die »klassische« Religionswissenschaft gegenüber einem solchen (zugegebenermaßen überwältigenden) Werk haben muss. Längst haben Religionswissenschaftler auch z. B. auf dem Gebiet der »Neuen Religiösen Bewegungen« ihren Beitrag geleistet (vgl. G. Kehrler (Hg.), *Das Entstehen einer neuen Religion (Vereinigungskirche)*, München 1981).

Für hoffnungsvoll halte ich auch die Mitarbeit von gelernten Religionswissenschaftlern an »Panorama« (U. Dehn und H. Baer). Diese Zusammenarbeit ist sicher ausbaufähig.

Mit großem Gewinn habe ich die Kapitel »Die Weihe des Profanen – Formen säkularer Religiosität« (Nüchtern) und »Suche nach der eigenen Mitte – Östliche Religiosität im Westen« (Dehn) gelesen. Aber auch kurze Hinweise auf Randerscheinungen wie »Positives Denken und NLP«, Hellingers »Familienaufstellungen« oder »Ufo-Bewegungen«, »Neuheiden, Hexen, Satanisten« sind richtungweisend. Ja sogar Phänomene wie »Managertraining« und »Geldspiele« kommen vor.



Natürlich fehlen die »sogenannten Sekten« nicht (z.B. Neuapostolische Kirche, »Universelles Leben«, Mormonen usw.). (NB.: Freikirchen wie Baptisten oder Quäker sind selbstverständlich der klassischen Konfessionskunde vorbehalten.) Dankbar wird jeder Leser auch die Kritik am gegenwärtigen »Therapie-Dschungel« zur Kenntnis nehmen.

Alles in allem ein wichtiges Buch, nicht nur für Seminarbibliotheken, sondern auch für den

»Hausgebrauch« intelligenter Leser. Vielleicht ein Jahrhundertwerk!

Reinhard Hempelmann u.a. (Hg.), *Panorama der neuen Religiosität. Sinnsuche und Heilsversprechen zu Beginn des 21. Jh.*, Gütersloher Verlagshaus, Berlin & Gütersloh 2001, 672 S., 24,95 Euro.

Religiöse
Sozialistinnen
und Sozialisten
im Internet:
www.brsd.de

Ich will kein Heft verpassen...

Ich möchte Christ und Sozialist – Christin und Sozialistin (CuS) abonnieren. Und zwar:

- ☐ als Inlands-Abo zu 15 € pro Jahr inkl. Versand.
- ☐ als Auslands-Abo zu 18 € pro Jahr inkl. Versand.
- ☐ als Förder-Abo zu _____ € pro Jahr inkl. Versand.

Kündigungen sind jeweils zum Jahresende möglich. Förder-Abos gibt es ab 20 €.

Das bin ich...

Vorname: _____

Nachname: _____

Adresse: _____

Geburtsdatum: _____

(nur für Mitgliedsantrag erforderlich)

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bei Minderjährigen:

Unterschrift der gesetzlichen Vertretung: _____

Freiwillige Zusatzangaben:

Telefon: _____

E-Mail: _____

Ich bin auch Mitglied in folgender Partei / Gewerkschaft / Initiative: _____

Bitte einsenden an: Sekretariat des BRSD e.V.
Michael Bschorr, Bobes Feld 14, 33818 Leopoldshöhe

Lesen genügt mir nicht...

Ich möchte Mitglied werden im Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. (BRSD). Und zwar:

- ☐ mit normalem Beitrag von 46 € pro Jahr inkl. CuS-Abo.
- ☐ mit ermäßigtem Beitrag von 25 € pro Jahr inkl. CuS-Abo für Personen ohne oder mit nur geringfügigem Einkommen.

So möchte ich zahlen...

- ☐ Ich werde den oben angekreuzten Betrag jeweils am Jahresanfang auf das Konto des BRSD e.V., Kontonr. 189 389 464 bei der Postbank Dortmund (BLZ 440 100 46) **überweisen**.
- ☐ Ich ermächtige den BRSD e.V. hiermit widerruflich, den oben angekreuzten Betrag von meinem Konto **einzuziehen**.

KontoinhaberIn: _____

Kontonr.: _____

Kreditinstitut: _____

BLZ: _____

Unterschrift: _____

Autorinnen und Autoren

Darius Dunker ist Redakteur und Layouter von CuS und lebt in Aachen.

Erhard Eppler ist Bundesminister a.D., aber auch ehemaliger Kirchentagspräsident.

Sebastian Gerhardt ist Philosoph und Mathematiker, publiziert zu Fragen linker Politik und Ökonomie und arbeitet mit an der Zeitung »berlin von unten«.

Catherine Gregori betreut beim Juso-Landesvorstand Nordrhein-Westfalen die Projekte Kraftwerk Zukunft, Frauennetzwerk und Regiobetreuung Ruhr-Süd. Sie lebt in Bochum.

Theo Kneifel ist Leiter der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA).

Heinz Röhr ist emeritierter Professor für Theologie und war viele Jahre im BRSD-Vorstand.

Jürgen Schübelin leitet das Referat Lateinamerika und Karabik bei der Kindernothilfe. Er lebt in Duisburg.

Hans Thie ist Redakteur der Wochenzeitung »Freitag« und lebt in Berlin.

Wieland Zademach ist Pfarrer in Schwaig bei Nürnberg.

Artikel und Briefe

CuS möchte ein Forum sein für alle, die versuchen, Christentum und Sozialismus zusammenzudenken. Deshalb freuen wir uns über Beiträge und Briefe an die Redaktion

✉ **per Post** möglichst auf Diskette, sonst als sauberen Ausdruck oder Schreibmaschinenausschnitt an:

Redaktion CuS
Schleiderer Straße 139
52076 Aachen

✉ **per E-Mail** an cus@brsd.de

☎ **telefonischer Kontakt**
unter 02408 – 929 955 8

Abonnements

In allen Abonnements-Angelegenheiten wenden Sie sich bitte an das BRSD-Sekretariat:

✉ **per Post** an:

Michael Bschorr, BRSD e.V.,
Bobes Feld 14
33818 Leopoldshöhe

☎ **telefonisch** an 05202-884 883

✉ **per Fax** an 05202-884 884

✉ **per E-Mail** an abo@brsd.de

Kündigungen werden zum Jahresende wirksam.

Bezugspreise (inkl. Versand):

Inland 15 € pro Jahr

Ausland 18 € pro Jahr

Förderabo 20 € oder mehr

Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V., Konto 189 389-464, Postbank Dortmund, BLZ 440 100 46

Beträge über 15 € sind als Spende steuerlich absetzbar. Quittungen werden auf Wunsch zugesandt.

Religiöse Sozialistinnen und Sozialisten auf dem Ökumenischen Kirchentag in Berlin

auf der Agora (Markt der Möglichkeiten)
Halle 4.1, Stand B32

www.brsd.de/kirchentag/

Abo-Verwaltung

Michael Bschorr
Bobes Feld 14
33818 Leopoldshöhe

Redaktionsadresse

Darius Dunker
Schleidener Str. 139
52076 Aachen

siehe Umschlaginnenseite

»Die ökumenische Öffnung sorgt auch immer wieder für Konflikte auf den Kirchentagen wie auf den Katholikentagen. Zum Dauerkonflikt zwischen den Amtskirchen und der großen christlichen Laienbewegung führt die Frage des gemeinsamen Abendmahls. In kaum einem Thema sind sich die Besucher der Kirchen- bzw. Katholikentage so einig wie in der Frage des gemeinsamen Mahles. Die Bedenken der Kirchenleitungen versteht kaum noch ein Mensch. Das gemeinsame Abendmahl ist ein Beispiel dafür, wie auf diesen großen Laintagen neue Wahrheiten erkannt werden und ans Tageslicht kommen. Was auf den Kirchentagen gedacht und praktiziert wurde, ist später im Alltag der Gemeinden nur noch schwer zu unterdrücken.«

Dorothee Sölle und Fulbert Steffensky in der taz vom 9.6.2001